



2007 - 2009

Geschäftsbericht der Freien Demokratischen Partei



Vorwort

Auf dem Weg zum Politikwechsel

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,**

in den vergangenen beiden Jahren hat die FDP unter durchaus schwierigen Rahmenbedingungen ihren Wachstumskurs als einzige Partei in Deutschland erfolgreich fortsetzen können.

Neben den großartigen Wahlergebnissen bei den Landtagswahlen und den weiteren Zuwächsen bei den Mitgliederzahlen liegen wir mittlerweile auch bei den Umfragen stabil im zweistelligen Bereich.

Damit ist es uns erfolgreich gelungen, das Fundament der FDP substantiell zu verbreitern, an Alleinstellung zu gewinnen und so unsere Zukunftschancen weiter zu verbessern.

WIR gewinnen weiter.

In den letzten beiden Jahren konnten wir unser Ergebnis bei jeder Wahl weiter verbessern. In Hessen und Bayern haben wir dabei sogar die besten Ergebnisse seit über 50 Jahren erzielt. Zugleich ist es uns in diesen beiden Bundesländern zusätzlich gelungen, Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Eindrucksvoll bestätigt wurde die FDP aber auch bei den Landtagswahlen in Niedersachsen, wo die Wähler die gute Arbeit der niedersächsischen FDP mit 8,2 Prozent der Stimmen belohnten und damit für eine Fortsetzung der erfolgreichen schwarz-gelben Regierung sorgten.

Die Erfolge haben sich aber auch auf kommunaler Ebene weiter fortgesetzt. So bescherte die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein der FDP mit 9,0 Prozent das beste Ergebnis seit 35 Jahren. Und bei der Wahl zu den Hamburger Bezirksversammlungen erreichte die FDP mit 6,2 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1987 und ist damit jetzt wieder in fünf von sieben Bezirken in Fraktionsstärke vertreten.

Diese Wahlerfolge haben natürlich sehr positive Auswirkungen auf die politische Landschaft in Deutschland. So

kommen aktuell mehr als 55 Millionen Deutsche (67,3 %) in den Genuss, eine Landesregierung mit FDP-Beteiligung in ihrem Bundesland zu haben.

WIR wachsen weiter.

Wir sind aber nicht nur bei den Wahlen erfolgreich gewesen, sondern auch bei der Mitgliederentwicklung. Mit netto über 5.000 neuen Mitgliedern seit dem Jahr 2000 ist unsere FDP die einzige wachsende Partei in Deutschland. Im Berichtszeitraum haben wir damit 67.000er Mitglieder-Marke geknackt.

Diese positive Entwicklung verdanken wir dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren.

Da ist zum einen unsere programmatische Substanz und unser gutes Personalangebot, von dem wir in den letzten Jahren immer mehr Menschen überzeugen konnten. Es hat sich außerdem gelohnt, viel Arbeit in neue Maßnahmen für Mitgliederwerbung und -bindung zu investieren. Vom „Premium-Info-Paket“ über die „Kampagnenbotschafter“ bis hin zu den Dialogmaßnahmen im Internet.

Da ist aber auch unsere gestiegene Glaubwürdigkeit. „Wir halten Wort“ ist für uns kein Slogan. Es ist eine Philosophie, der wir treu geblieben sind.

Da ist auch unser klarer Kurs, der laut einer Allensbach-Studie (FAZ, 25.03.2009) zum Erfolg geführt hat: als Partei für soziale Marktwirtschaft, für ein gerechteres Steuer- und Sozialsystem, für eine neue Glaubwürdigkeit durch Ehrlichkeit in der Politik, für die Anerkennung persönlicher Leistung und Verantwortung und für ein ebenso geschlossenes wie geschlossen vertretenes freiheitliches Politikkonzept.

Nicht zu vergessen die engagierte und unermüdliche Arbeit vor Ort. Unseren Funktionsträgern, Mitgliedern und Unterstützern an der Basis können wir für ihre ehrenamtliche Unterstützung gar nicht genug danken. Sie sind die Erfolgswahlbasis.

WIR mobilisieren weiter.

Die letzten beiden Jahre haben gezeigt, dass wir besser denn je in der Lage sind, Menschen zu begeistern. Mit immer mehr „Wahlkampf von unten“ haben wir es geschafft, die Menschen direkt zu erreichen und zu mobilisieren.

Bei diesem „Wahlkampf von unten“ nutzen wir immer häufiger das Internet und die großen sozialen Netzwerke. Und auch hier verfolgen wir eine ganz eigene Philosophie. Denn für uns ist das Internet kein Schaukasten, wo sozusagen in Zweitverwertung bereits woanders erhältliche Informationen zusätzlich ausgestellt werden.

Für uns ist das Internet eine große Dialog-Chance. Und Dialog ist mittlerweile ein wichtiger Bestandteil unseres Markenkerns geworden.

Nirgendwo lassen sich Menschen so leicht mobilisieren, wie im Internet, wo wir auch schon längst „Marktführer“ unter den politischen Parteien in Deutschland. Unsere Zugriffszahlen im Internet, die registrierten Profile in der Kommunikationsplattform „my.FDP“ und die registrierten Teilnehmer in der neuen „MitMachArena“ sind die höchsten Werte aller Parteien. Das zeigt sehr klar, dass wir hier ein großartiges zusätzliches Motivierungs- und Mobilisierungsinstrument erhalten haben.

Hinzu kommt: Bei uns gibt es keine Zensur im Internet. Wir lassen auch heftige Formen der Kritik zu, bei uns kann vom Programm bis hin zu den Kampagnen über Vieles mit geredet und mit entschieden werden. Und das Internet-Publikum merkt sehr schnell, dass man bei uns aktiv etwas bewirken kann, während man bei den anderen Parteien nur in der Sandkiste spielen darf.

WIR sind bereit für den Politikwechsel.

Mit Blick auf die Erfolge der letzten beiden Jahre wollen uns jetzt natürlich viele einreden, dass wir nur deshalb so erfolgreich sind, weil die anderen so schwach sind. Dabei ist es doch in der Politik nicht viel anders als beim Fußball.

Selbst wenn die anderen schwach sind, muss man immer noch selbst die Tore schießen. Und Tore haben wir so einige geschossen. Doch wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, dass wir vorsichtig den Vorsprung verteidigen wollen, dass wir uns hinten reinstellen, anfangen zu mauern, um „das Ding“ möglichst sicher nach Hause zu bringen. Wir müssen weiter offensiv bleiben. Denn bis zur letzten Minute werden Tore geschossen. Und wir haben ja durchaus sehr gute Voraussetzungen für weitere Treffer.

Denn unser wichtigster Bündnispartner ist die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Wir werden größer, weil wir den Einzelnen in Deutschland größer machen:

Gegen den schleichen Sozialismus, gegen das Gefühl der Ohnmacht in der Krise, gegen die staatliche Bevormundung.

Alle anderen Parteien sehen den Staat als Schlüssel für die Lösung von Problemen und machen die Gesellschaft zur Erziehungsanstalt. Alle anderen Parteien machen Verantwortung und individuelle Gestaltungskraft

der Menschen kaputt – und den einzelnen Menschen unwichtig, winzig und unendlich klein.

Je mehr sich die Kommunikation weiter individualisiert, desto größer ist unsere Chance für eine neue großartige Übereinstimmung von Form und Inhalt unserer Arbeit. Das Zauberwort dafür heißt Dialog. Wenn jetzt Dialog wichtiger wird als massenmediale Politikvermittlung, dann gibt es keine andere Partei in Deutschland, die dafür besser inhaltlich wie organisatorisch aufgestellt ist. Wir sind die einzige politische Kraft, die den Einzelnen wieder größer macht. Nur wir setzen auf den einzelnen Menschen.

Ihr



Hans-Jürgen Beerfeltz



Inhaltsverzeichnis

I. Tätigkeit der Bundespartei	6
I.1. Bundesparteitage	6
I.2. Präsidium und Bundesvorstand	7
I.3. Bundessatzungsausschuss	9
I.4. Wahlprüfungsausschuss	10
I.5. Bundesschiedsgericht	11
I.6. Haushalts- und Finanzkommission	11
I.7. Kommunalpolitischer Beirat	12
I.8. Veranstaltungen	13
I.9. Kampagnen	14
I.9.1. Die Mitte stärken durch niedrige, einfache und gerechte Steuern.	15
I.9.2. Leben Sie. Bürgerfreiheit.	15
I.9.3. Familie – Deutschlands wichtigstes Zukunftsunternehmen	16
I.9.4. Goldtimer	16
I.10. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer	18
I.11. Internationale Liberale Organisationen	19
I.11.1. Liberale Internationale (LI)	19
I.11.2. Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR)	19
I.11.3. ALDE	20
I.12. Internet: Die FDP 2.0.	21
I.12.1. my.FDP rundum erneuert	21
I.12.2. MitMachArena	22
I.12.3. Web 2.0-Instrumente	22
I.13. FDP-Landesverband LV Net	24
I.14. FDP-Bürgerfonds	25
I.15. Wahlkämpfe	26
I.16. Das Mentoring-Programm der FDP „Top-Nachwuchs-Talent“	28
I.17. Liberaler Parteiservice (LiPS)	29
II. Programmarbeit	32
II.1. Bundesfachausschüsse	32
II.1.1. Internationale Politik	32
II.1.2. Wirtschaft und Arbeit	33
II.1.3. Finanzen und Steuern	34
II.1.4. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	35
II.1.5. Soziales	36
II.1.6. Gesundheitspolitik	37
II.1.7. Innen und Recht	38
II.1.8. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	39

II.1.9. Umwelt	40
II.1.10. Wohnungswesen	41
II.1.11. Verkehrspolitik	42
II.2. Kommissionen	43
II.2.1. Zukunftsforum Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden	43
II.2.2. Kommission für Internet und Medien	44
II.2.3. Sportkommission	45
II.2.4. Kirchenkommission	46
II.2.5. Kommission Freiheit und Ethik	47
II.2.6. Transatlantisches Forum	48
II.3. Arbeitsgruppen	49
II.3.1. Großstadtoffensive	49
II.3.2. Frauenoffensive	49
II.3.3. Parteireform	50
II.3.4. Programmkommission	51
III. Liberales Vorfeld	52
III.1. Bundesverband Junge Liberale	52
III.2. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand	53
III.3. Bundesverband Liberale Frauen	54
III.4. Bundesverband Liberale Senioren	55
III.5. Bundesverband Liberale Hochschulgruppen	56
IV. Bundesgeschäftsstelle	58
IV.1. Struktur des Thomas-Dehler-Hauses	58
IV.2. Abteilung Strategie und Kampagnen	58
IV.3. Abteilung Organisation und Finanzen	60
IV.4. Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	61
IV.5. FDP-point	62
IV.6. Galerie im Thomas-Dehler-Haus	63
V. Statistik	64
V.1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum	64
V.2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum (2007 - 2009)	64
V.3. Mandatsträger der FDP	65
V.4. Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle	66

I. Tätigkeit der Bundespartei

► I.1. Bundesparteitage



59. Ordentlicher Bundesparteitag in München

15. – 17. Juni 2007

58. Ordentlicher Bundesparteitag in Stuttgart

Die liberale Sozialpolitik stand im Mittelpunkt des 58. Ordentlichen Bundesparteitages in der Stuttgarter Porsche-Arena. Bei dem dreitägigen Parteitag standen turnusgemäß die Wahlen zum Präsidium und Bundesvorstand an. Die 662 Delegierten berieten in einer programmatischen Marathondebatte von 17 Stunden Dauer unter anderem die Leitanträge „Kultur braucht Freiheit“ und „Freiheit, Fairness, Chancen“.



31. Mai – 1. Juni 2008

59. Ordentlicher Bundesparteitag in München

Die Liberalen haben sich zum 59. Ordentlichen FDP-Bundesparteitag im Internationalen Congress Center München getroffen. Im



Im Berichtszeitraum fanden zwei Ordentliche Bundesparteitage statt. Anlässlich der Europawahlen am 7. Juni 2009 gab es zudem einen außerordentlichen Europaparteitag.

Mittelpunkt der Beratungen standen das Nettokonzept der FDP, die Bürgerrechte und die Forschungsfreiheitsinitiative. Die Delegierten beschlossn zudem, den geplanten Gesundheitsfonds zu stoppen.

17. Januar 2009 Europaparteitag der FDP in Berlin

„Für Deutschland in Europa“ lautete das Motto, mit dem die Liberalen in den Europawahlkampf ziehen werden. Auf dem Europaparteitag der FDP haben die Liberalen mit dem Beschluss des Europawahl-Wahlprogramms die Weichen gestellt, um Deutschlands Interessen in Europa zu vertreten. Die Vorsitzende der FDP-Fraktion im Europaparlament, Dr. Silvana Koch Mehrin, wurde als Spitzenkandidatin der Liberalen gewählt.



1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



Gründungsversammlung der FDP - Heppenheim
Theodor Heuss und Franz Blücher



Plakat - Wahlaufufr



► I.2. Präsidium und Bundesvorstand

Insgesamt trat das Präsidium zu 45 Sitzungen zusammen. Dabei wurden folgende Sitzungen auch für Gespräche mit Gliederungen, Vorfeldorganisationen und Verbänden genutzt:

8. Oktober 2007

Gespräch mit dem Bundesvorstand der Jungen Liberalen

3. Dezember 2007

Gespräch mit dem Bundesvorstand des Bundes der Steuerzahler Deutschland e.V.

18. Februar 2008

Gespräch mit dem Präsidium der FDP Hamburg

3. März 2008

Gespräch mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland

5. Mai 2008

Gespräch mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

30. Mai 2008

Gespräch mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Auslandsgruppe Europa und der Jungen Liberalen

15. Dezember 2008

Gespräch mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Auslandsgruppe Europa und der Jungen Liberalen

16. Januar 2009

Gespräch mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Auslandsgruppe Europa und der Jungen Liberalen

26. Januar 2009

Gespräch mit dem Brauerbund



Christiane Solms, Hermann Otto Solms und Sky du Mont



Gedankenaustausch mit Dirk Niebel



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Guido Westerwelle, Jörg-Uwe Hahn und Mieke Senfleben



Wahlplakat - Berlin



Wolfgang Mischnick, Detlef Deetjen und Franz Henkel
(Aufnahme vom Bundesparteitag in München)

1950

1951

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



Das Präsidium tagt in aller Regel jeden Montag im Präsidiumszimmer des Thomas-Dehler-Hauses. Der Bundesvorstand trat zu 15 Sitzungen ebenfalls im Regelfall im Thomas-Dehler-Haus zusammen.

Dem Präsidium der FDP gehören an:

Walter **Scheel** Ehrenvorsitzender
 Hans-Dietrich **Genscher** Ehrenvorsitzender
 Otto Graf **Lambsdorff** Ehrenvorsitzender

Guido **Westerwelle** Bundesvorsitzender
 Rainer **Brüderle** stellvertretender Bundesvorsitzender
 Andreas **Pinkwart** stellvertretender Bundesvorsitzender
 Cornelia **Pieper** stellvertretende Bundesvorsitzende
 Hermann **Otto Solms** Bundesschatzmeister
 Dirk **Niebel** Generalsekretär
 Werner **Hoyer** Vertreter der Bundestagsfraktion
 Silvana **Koch-Mehrin** Vertreterin der Europafraktion
 Sabine **Leutheusser-Schnarrenberger** Beisitzerin
 Birgit **Homburger** Beisitzerin
 Philipp **Rösler** Beisitzer

Hans-Jürgen **Beerfeltz** Bundesgeschäftsführer
 Jörg van **Essen** Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
 Wolfgang **Gerhardt** Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Mitglieder des Bundesvorstandes sind:

Christian **Ahrendt**
 Alexander **Alvaro**
 Daniel **Bahr**
 Uwe **Barth**
 Hans-Artur **Baukhage**
 Nicola **Beer**
 Stefanie **Bermanseder**



Martin Zeil, Ernst Burgbacher, Thomas Schotten und Dirk Niebel



4. Ord. Bundesparteitag in Bad Ems
 Referat des Vorsitzenden Franz Blücher

Ernst **Burgbacher**
 Jorgo **Chatzimarkakis**
 Mark **Ella**
 Angela **Freimuth**
 Jörg-Uwe **Hahn**
 Christoph **Hartmann**
 Walter **Hirche**
 Werner **Hoyer**
 Gerry **Kley**
 Wolfgang **Kubicki**
 Heinz **Lanfermann**
 Christian **Lindner**
 Martin **Lindner**
 Markus **Löning**
 Gesine **Meißner**
 Jan **Mücke**
 Hans-Joachim **Otto**
 Gisela **Piltz**
 Alexander **Pokorny**
 Wieland **Schinnenburg**
 Rainer **Stinner**
 Michael **Theurer**
 Carl-Ludwig **Thiele**
 Johannes **Vogel**
 Volker **Wissing**
 Holger **Zastrow**
 Martin **Zeil**



Angela Freimuth und Silvana Koch-Mehrin

vom 16.06. bis 09.07.2007

Ständige Gäste:

Bertold **Bahner**
 Florian **Berg** seit 28.04.2008
 Rolf **Bernd**
 Jörg van **Essen**
 Ulrike **Flach**
 Hinnerk **Fock** vom 17.09.2007 bis 10.11.2008
 Daniel **George** vom 17.09.2007 bis 23.03.2009
 Johannes **Knewitz** seit 23.03.2009
 Moritz **Kracht** vom 17.09.2007 bis 28.04.2008
 Alexander **Graf Lambsdorff**
 Sybille **Laurischk** vom 17.09.2009 bis 28.04.2008
 Burkhard **Müller-Sönksen** vom 10.11.2008 bis 23.03.2009
 Maja **Pfister**
 Olaf **Prüßmann**
 Rolf **Salo** seit 23.03.2009
 Mieke **Senftleben** seit 28.04.2008
 Thomas **Schotten**



Typische Großflächenplakatierung der 50er Jahre
 Wiesbaden

► I.3. Bundessatzungsausschuss

Vorsitzender: **Thomas Taeglichsbeck**
Stellvertreter: **Bodo Chemnitz**

Der Bundessatzungsausschuss tagte nach dem Bundesparteitag im Juni 2007 am 15.09.2007, am 15.03.2008, am 13.09.2008 und am 24.01.2009 jeweils in Berlin.

Am 15.09.2007 befasste sich der Bundessatzungsausschuss mit den rechtlichen Bedenken, die gegen die Ergänzung des § 5 der Bundessatzung vorgebracht worden waren, die der Bundesparteitag beschlossen hatte. Dabei wurden unter anderem verfassungsrechtliche Fragen mit Professor Dr. Edzard Schmidt-Jortzig diskutiert. Der Bundessatzungsausschuss bestätigte die beschlossene Fassung als rechtlich korrekt.

Am 01.01.2008 begann die neue Amtszeit des Bundessatzungsausschusses, die bis zum 31.12.2011 dauert. Am 15.03.2008 beriet der Bundessatzungsausschuss die Frage einer vereinfachten öffentlichen Zustellung bei beitrags säu- migen Mitgliedern mit unbekanntem Aufenthalt.

Am 13.09.2008 beriet der Bundessatzungsausschuss Rechtsfragen zu einem Text der Arbeitsgruppe „Parteireform“. Weiter nahm er zu der Frage Stellung, wie die Delegierten zu den Landesvertreterversammlungen zur Europawahl und zur Bundestagswahl zu bestimmen sind. Und es wurde die Frage beraten, ob grundsätzlich die unterlassene Beitragszahlung als Endigungsgrund der Mitgliedschaft im

Rahmen des § 5 der Bundessatzung eingefügt werden könnte.

Am 24.01.2009 beschloss der Bundessatzungsausschuss die dem jetzigen Bundesparteitag vorliegenden Satzungsänderungsanträge, bei denen es unter anderem um die Beendigung der Mitgliedschaft bei unterlassener Beitragszahlung geht. Außerdem setzte er die Beratungen zu dem Text der Arbeitsgruppe „Parteireform“ fort.



Bürokratieplakat - Süddeutschland



6. Ord. Bundesparteitag in Oldenburg
Rede des Parteivorsitzenden Thomas Dehler

1954

1955

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



► I.4. Wahlprüfungsausschuss

Der Wahlprüfungsausschuss prüft gemäß § 12 Absatz 3 der Bundessatzung die Ordnungsmäßigkeit der Einberufung des Bundesparteitages. Weiter prüft er vor Beginn des Parteitages die Zahl und Stimmberechtigung der Delegierten der Landesverbände anhand der Protokolle über die Wahlen der Delegierten und der geprüften Unterlagen über die Mitgliederzahlen.

Der Wahlprüfungsausschuss hat diese Prüfung vor dem 58. Ordentlichen Bundesparteitag in Stuttgart, dem 59. Ordentlichen Bundesparteitag in München und dem Europarteitag in Berlin vorgenommen und keine Beanstandungen festgestellt.

Mitglieder des Wahlprüfungsausschusses waren:
Corinna **Werwigk-Hertneck** Vorsitzende

Wolfgang **Bodeit** Mitglied
Bodo **Chemnitz** Mitglied
Ernst **Eggers** Mitglied
Ulrike **Flach** Mitglied

Otto **Fricke** Stellvertretendes Mitglied
Roland **Eibold** Stellvertretendes Mitglied
Heinz **Lanfermann** Stellvertretendes Mitglied
Michael **Reichelt** Stellvertretendes Mitglied
Matthias **A. Starke** Stellvertretendes Mitglied



7. Ord. Bundesparteitag in Würzburg



Im Land unterwegs.
Theodor Heuss im Zug

1956

1957

► I.5. Bundesschiedsgericht

Präsident: **Dr. Peter Lindemann**
Stellvertreter: **Dr. Gerhard Wolf**

Auf dem Bundesparteitag 2005 in Köln wurde das Bundesschiedsgericht für die Amtszeit vom 01.01.2006 bis 31.12. 2009 gewählt: Hierbei waren Dr. Peter Lindemann als Präsident und Dr. Gerhard Wolf als sein Stellvertreter, Hermann Bach, Dr. Paul Becker wiedergewählt worden und Dr. Michael Bruder als Beisitzer.

Zu stellvertretenden Beisitzern waren gewählt worden: Michael Reichelt, Wolf-Dieter Keller, Dr. Rainer Dally, Christoph Freytag, Hinrich Budelmann, Martin Engel, Dr. Arnold Castringius, Dr. Bernd Martin Groh und Dr. Rudolph Brosig.

Beim Bundesschiedsgericht waren 2007 bis 2009 sieben Verfahren anhängig. Vier Beschwerden kamen aus

dem Landesverband Nordrhein-Westfalen und jeweils ein Verfahren aus Berlin, Niedersachsen und Sachsen.

Gegenstand der Verfahren waren der Ausschluss von Parteimitgliedern, die Überprüfung eines Verweises gegenüber einem Parteimitglied und die Feststellung der Ungültigkeit von Wahlen von Delegierten und Ersatzdelegierten. Bei einem Verfahren ging es um die Stellung von sogenannten sachkundigen Bürgern und ihre Stellung und Rechte als Mitglieder der erweiterten Ratsfraktion.

Im Berichtszeitraum endete ein Verfahren mit der Rücknahme des Antrages. Eine Beschwerde wurde an das zuständige Landesschiedsgericht zurückverwiesen, ein Verfahren ist noch anhängig.

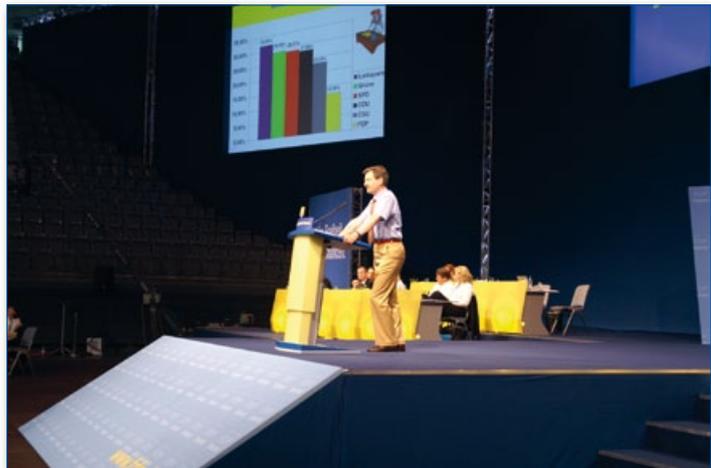
► I.6. Haushalts- und Finanzkommission

Vorsitz: **Dr. Hermann Otto Solms**

Die Kommission tagte unter dem Vorsitz des Bundesschatzmeisters am 30.11.2007 und am 04.11.2008. Gegenstand der Beratungen waren jeweils die Haushaltspläne und die mittelfristige Finanzplanung für die Folgejahre. Die Kommission wurde auch über die Vermögenslage der Gesamtpartei unterrichtet und debattierte die Kreditpolitik der Bundespartei.

Mitglieder der vom Bundesvorstand gewählten Kommission in der Berichtsperiode waren Rainer Brüderle, Carl-Ludwig Thiele, Otto Fricke, Ernst Burgbacher, Dr. Klaus von Lindeiner und Paul Friedhoff.

Die Konferenz der Landesschatzmeister tagte am 07.03.2007, 29.11.2007 sowie am 04.11.2008 in Berlin. Die Konferenz nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters zur Lage der Parteienfinanzierung



Hermann Otto Solms auf dem 58. Ord. Bundesparteitag in Stuttgart

insgesamt entgegen, beschloss den jeweiligen Haushalt des Liberalen Parteiservices und erörterte die finanzielle Lage der Landesverbände. An der Sitzung der Schatzmeisterkonferenz nehmen auch die Schatzmeister der Vorfeldorganisation der Jungen Liberalen, der Liberalen Hochschulgruppe, sowie der Auslandsgruppe Europa teil.



Wahlplakat zur Landtagswahl in Bayern



Plakat zum 10. Ord. Bundesparteitag in Berlin

1958

1959

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



► I.7. Kommunalpolitischer Beirat

Vorsitzender: **Oberbürgermeister Wolfram Dette**
 Stellvertreter: **Jochen Dürrmann**

Die erfolgreiche Zusammenarbeit der Kommunalpolitiker vor Ort, vertreten durch den Kommunalpolitischen Beirat und der Bundespartei konnte auch im Berichtszeitraum weiter fortgeführt werden. Engen Kontakt gibt es nach wie vor zur von der kommunalpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Gisela Piltz geleiteten Arbeitsgruppe Kommunalpolitik.

Der gute Kontakt zu liberalen Kommunalpolitikern in Südafrika wurde durch einen Gegenbesuch südafrikanischer Kommunalpolitiker im Mai 2008 z.B. in Berlin und Köln weiter verstärkt. Im Mittelpunkt vieler Treffen mit liberalen Kommunalpolitikern in Deutschland stand die Vorbereitung der Fußball-WM in Südafrika und die Rolle der Kommunen dabei.

Höhepunkt der Veranstaltungen der VLK war zweifelsohne die 25-Jahr-Feier im März 2008 auf der Godesburg, dem Gründungsort der VLK mit über 200 Gästen, darunter viele Gründungsmitglieder.

Die Bundesdelegiertenversammlungen fanden turnusgemäß am 14./15. September 2007 in Bremerhaven und am 5./6. September 2008 in Ingolstadt statt. Diesen Termin nutzten viele Delegierte, um gleichzeitig die bayrischen Freunde im Landtagswahlkampf zu unterstützen.

Der VLK-Bundesvorstand sowie der Kommunalpolitische Beirat tagten mehrfach in Berlin, in Bremerhaven, in Bonn, Ingolstadt und Mühlheim/Ruhr. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Themen wie die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Verfassung, die stärkere Vertretung der Liberalen in den kommunalen Spitzenverbänden, die Gewinnung von geeigneten Kandidaten für Kommunalwahlen, die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie die Thematik der Sparkassen und Volksbanken als Stabilitätsfaktoren.



Das liberale Rathaus ging 2007 nach Walldorf



Treffen des Kommunalpolitischen Beirates in Berlin



Gespräch mit liberalen Kommunalpolitikern aus Südafrika



11. Ord. Bundesparteitag in Stuttgart
 Reinhold Meier, Marie Elisabeth Lüders
 und Erich Mende im Gespräch



Theodor Heuss gratuliert
 Erich Mende zum Parteivorsitz - Frankfurt am Main

► I.8. Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum fanden neben den Bundesparteitagen folgende größere Veranstaltungen der Bundespartei statt:

12. Juli 2007

Bundesweiter Steuerzahler-Aktionstag

14./15. September 2007

XXIII. Delegiertenversammlung der VLK in Bremerhaven

18. – 20. Oktober 2007

ELDR-Kongress in Berlin

24. Oktober 2007

1. Verleihung des Bürgerinnenpreises „Liberta“ in Berlin

10. November 2007

Bundesweite Strategie- und Kreisvorsitzendenkonferenz in Hannover

27. November 2007

Journalisten-Advent

18. März 2008

Jubiläumsveranstaltung „Der Aufbruch zur Freiheit“ in Berlin

23. April 2008

Investitionsfreiheits-Kongress „Mut zur Investitionsfreiheit“ in Berlin

1. Mai 2008

Liberaler 1. Mai – Tag für Arbeit und Neumitgliedertreffen in Berlin

13. Juli 2008

Bundesweiter Steuerzahler-Aktionstag

5./6. September 2008

XXIV. Bundesdelegiertenversammlung der VLK in Ingolstadt



Das Jahr der Spiegel-Affäre
oben: Demo gegen Franz Josef Strauß
unten: Walter Scheel, Wolfgang Döring,
Erich Mende, Wolfgang Stammberger



Bundesweiter Strategiegipfel in Erfurt

12. November 2008

2. Verleihung des Bürgerinnenpreises „Liberta“ in Berlin

17. November 2008

Zukunftskongress „Zukunftshorizonte“ in Berlin

2. Dezember 2008

Journalisten-Advent

3. Dezember 2008

Energie-Kongress „Neue Wege statt alter Ideologie“ in Berlin

12. Dezember 2008

Jubiläumsveranstaltung „60 Jahre FDP“ in Heppenheim

6. Februar 2009

Empfang anlässlich des 50. Geburtstags von Cornelia Pieper in Halle/Saale

8. März 2009

Bundesweite Strategiekonferenz und Kommunalgipfel in Erfurt

1. Mai 2009

Liberaler 1. Mai – Tag für Arbeit und Neumitgliedertreffen in Berlin

4. Mai 2009

Kongress „Life Sciences - Wachstums- und Innovationsmotor für Deutschland – auch in Krisenzeiten“



Wolfgang Mischnick im
deutsch-tschechischen Grenzgebiet

► I.9. Kampagnen

Vor allen anderen Parteien hat die FDP die Bedeutung von Kampagnenarbeit erkannt. Wir nutzen dieses Instrument einerseits, um öffentlichkeitswirksam das breite Spektrum der FDP-Positionen vorzustellen. Auf der anderen Seite geben wir den Parteigliederungen Anregungen für die politische Arbeit vor Ort. Dabei setzen wir vor allem auf Kontinuität. So ist es selbstverständlich, dass eine neue Kampagne Zeit braucht, bis sie in der Partei bekannt ist und bis die Informations- und Werbematerialien und damit die Inhalte der Kampagnen in den Gliederungen verbreitet sind.

Die FDP-Bundesgeschäftsstelle sieht sich als Dienstleister der Gliederungen und Mitglieder der Partei. Vor allem auch in so entscheidenden Wahljahren wie dem Jahr 2009 kommt es darauf, dass Bundesverband, Landesverbände, Kreis- und Ortsverbände und jedes einzelne Mitglied an einem Strang ziehen. Auch die Europawahl am 7. Juni 2009 ist für die FDP von großer Bedeutung. Nach dem Einzug in das Europäische

Parlament im Jahr 2004 wollen wir in diesem Jahr mit einer noch stärkeren Mannschaft in Brüssel den liberalen Kompass der Europäischen Union bilden.

Um in den vielen im Jahr 2009 anstehenden Wahlen erfolgreich zu sein, sind wir auf die Hilfe der Parteimitglieder vor Ort angewiesen. Wir reagieren flexibel auf Anregungen und erweitern und aktualisieren unsere Kampagnen ständig.

Beispielhaft ist die Gesundheitskampagne. Diese läuft bereits seit dem Jahr 2006 überaus erfolgreich. Vorgestellt wurde sie durch Daniel Bahr und Philipp Rösler auf dem Bundesparteitag in Rostock am 13. Mai 2006. Die Auftaktveranstaltung am 22. Mai 2006 mit Dirk Niebel, Daniel Bahr und Philipp Rösler war ein voller Erfolg. Seither hat es diverse Schwerpunkte im Bereich der Gesundheitskampagne gegeben. Zuletzt, angeregt insbesondere durch Parteigliederungen und durch Ärzte aus dem FDP-Umfeld, wurde ein Schwerpunkt auf die Ansprache der Gesundheitsberufe gerichtet. Für diese wurde auf der Kampagnenseite <http://gesundheit.fdp.de> eine spezielle Rubrik mit Informationen und Flugblättern zum Auslegen in den Arztpraxen erstellt.

Ebenso erfolgreich läuft seit Januar 2007 die Kulturkampagne, damals von Guido Westerwelle, Hans-Joachim Otto und Dieter Hallervorden gestartet. Als erste Partei nehmen sich die Liberalen des Themas „Kultur“ an und blicken damit weit über den Tellerrand des klassischen Politikbetriebs hinaus. Kultur wird in Zukunft zum Motor unseres Landes – der Gesellschaft, der Menschen und der Wirtschaft. Deshalb trägt die Kampagne das Motto: „Kultur, die Energie für unsere Zukunft.“ Die Nachfrage nach den regelmäßig aktualisierten Werbemitteln ist ungebrochen groß. Die Kampagnenseite <http://kultur.fdp.de> wird rege genutzt.

Das gesamte liberale Jubiläumsjahr 2008 wurde durch unsere Kampagnenarbeit begleitet. Im Mittelpunkt stand der 60. Geburtstag der FDP. Die zentrale Feier mit vielen Prominenten fand am Gründungsort in



Hermann Otto Solms und Martin Lindner mit einer Steueraktion in Berlin.



15. Ord. Bundesparteitag in Duisburg
Wolfgang Mischnick gratuliert dem
wiedergewählten Parteivorsitzenden Erich Mende,
sitzend v.l.n.r.: Ewald Bucher,
Hans-Dietrich Genscher, Willy Weyer



Thomas Dehler während der Bundestagsdebatte
zur Regierungserklärung der neuen Koalitionsregierung
aus CDU/CSU und SPD in Bonn



Steuerfreies Benzin auf Einladung der FDP

Heppenheim am 12. Dezember statt. Aber auch dem 160. Jahrestag der Liberalen Revolution wurde in einer Feierstunde am 18. März 2008 im Deutschen Dom in Berlin gedacht.

Die Kampagnen der Bundesgeschäftsstelle stellen einen Instrumentenkasten dar, aus dem die Gliederungen schöpfen und sich Anregungen für eigene Aktionen holen können. Schwerpunkt der Kampagnenarbeit im Wahljahr 2009 liegt im Bereich der Kampagnen „Die Mitte stärken“ und Bürgerfreiheit.

1.9.1. Die Mitte stärken durch niedrige, einfache und gerechte Steuern

Die FDP ist der Bündnispartner der vergessenen Mitte der deutschen Gesellschaft und unterstreicht dies



17. Ord. Bundesparteitag in Nürnberg

durch ihre Kampagne „Die Mitte stärken“. Damit wenden wir uns an die Menschen, die unsere Gesellschaft tragen, aber in der öffentlichen Diskussion meist vergessen wurden: die Menschen, die Leistung bringen, eine gute Ausbildung erreichen und sich ihr privates Glück auf gesichertem wirtschaftlichen Fundament selbst und eigenverantwortlich erarbeiten wollen. Durch die Kampagne „Die Mitte stärken“ wurde der öffentliche Diskurs von den politischen Rändern weggeführt und fokussiert sich nun verstärkt auf die Mitte als Leistungsträger unseres Landes: Arbeiter, Angestellte sowie klein- und mittelständische Unternehmer. Die hohe Bedeutung dieses Themas ist auch klar im Programmentwurf der FDP zur Bundestagswahl mit dem Titel „Die Mitte stärken“ erkennbar.

Der Auftakt der Kampagne wurde durch eine Plakatreihe unter dem Titel „Wo bleibt meine Aufschwung?“ unterstützt, die auch während der Rede des Generalsekretärs beim Dreikönigstreffen 2008 prominent platziert wurde. Angereichert wird diese Kampagne unter anderem durch Aktionsvorschläge wie das Wissensquiz „Deutschland kann mehr“ und den Infostand „Hier ist die Mitte“. Sehr erfolgreich verlief auch die Aktion „Steuerfreies Tanken“ in Berlin. Die Autofahrer konnten dort auf Einladung der FDP für eine Stunde zu Preisen ohne Steueranteil tanken – ein Liter Super kostete so nur rund 50 Cent.

Inhaltlicher Kern der Mitte-Kampagne ist das Liberale Steuerkonzept, das in der Verantwortung von Hermann Otto Solms liegt und vom Liberalen Bürgergeld flankiert wird. Es soll alle Bürger und insbesondere die Menschen der Mitte nachhaltig entlasten durch niedrige, einfache und gerechte Steuern.

1.9.2. Leben Sie. Bürgerfreiheit

Bürgerrechte + Freiheit = Bürgerfreiheit

Im Juni 2008 starteten die Jungen Liberalen gemeinsam mit der FDP die Kampagne „Leben Sie. Bürgerfreiheit“. Die Gründe dafür lagen und liegen auf der Hand: die wuchernde Verbotsunkultur in Deutschland und in der EU, Vorratsdatenspeicherung, Einschnitte



18. Ord. Bundesparteitag in Hannover
Willy Weyer redet

in die Privatsphäre durch den Staat, z. B. die elektronische Gesundheitskarte – die Liste ist lang. Im Rahmen der Kampagne wurden zahlreiche Aktionen initiiert. So wurde 2008 der Bürgerfreiheit-T-Shirt-Shop auf www.buergerfreiheit.de den Delegierten auf dem 59. Ordentlichen Bundesparteitag in München vorgestellt. Zum Einsatz kamen die Bürgerfreiheit-T-Shirts dann auch: beim Umzug anlässlich des Berliner Christopher Street Days und bei der Rede Barack Obamas an der Berliner Siegestsäule im Sommer 2008. Mit der Kampagne „Leben Sie. Bürgerfreiheit“ ist es gelungen, das liberale Vorfeld, Interessenorganisationen und Parteileben auf Landes- und Bundesebene zu verknüpfen. So nahmen beispielsweise die FDP Berlin, die FDP im Deutschen Bundestag, die FDP-Bundespartei, JuLis Berlin und JuLis München an der Großdemonstration „Freiheit statt Angst“ am 11. Oktober 2008 in Berlin gemeinsam teil und unterstrichen so, dass echte Freiheitspolitik liberal ist.

Mit der Kampagne „Leben Sie. Bürgerfreiheit“ kämpfen wir Liberale für mehr Lebensfreiheit. Jeder soll ohne staatliche Überwachung und Bevormundung individuell das eigene Leben gestalten können. Wir schaffen dafür mehr Chancen, Möglichkeiten und Perspektiven. Gleichzeitig brauchen wir Sicherheit. Aus diesem Grund muss eine gesunde Balance zwischen Freiheit und Sicherheit gefunden werden. Freiheit darf nicht durch eine aktionistische Sicherheitspolitik gefährdet werden, die uns Bürger unter Generalverdacht stellt.



Viel Bürgerfreiheit auf dem Bundesparteitag in München

Wir machen uns stark für Grundrechte, wie die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit und die Bewegungsfreiheit. Freiheit muss lebbar sein. Ohne Überregulierung durch den Staat und die EU.

I.9.3. Familie – Deutschlands wichtigstes Zukunftsunternehmen

Das Familienbild hat sich in den Jahrzehnten seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland immer wieder gewandelt. Die klassische Familie besteht weiterhin. Das Modell Ehepaar und Kinder wird aber um unverheiratete Eltern, um allein erziehende Mütter oder Väter, um gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder und letztlich um kinderlose Paare erweitert. Für das liberale Familienbild sind alle Gemeinschaften wertvoll, in der Menschen bereit sind, Verantwortung füreinander zu übernehmen.

Grund genug, in einer Familienkampagne die Positionen der FDP zur Familienpolitik in eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Die FDP betont in ihrer Kampagne die Wahlfreiheit der Lebensstile. Familienpolitik ist kein Nischenthema. Vielmehr geht es darum, endlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die berufliche Karriere und der Wunsch nach einer Familie dürfen kein Widerspruch sein. Um die Bedeutung der Kindererziehung und Familiengründung zu betonen, sprechen wir vom Familienmanagement. Deutschland braucht stabile Familien. In den Familien wird der Charakter eines Kindes geprägt, hier entscheidet sich Deutschlands Zukunft.

Auf der Kampagnenseite: <http://familie.fdp.de> befinden sich viele Informationen zur Familienpolitik der FDP: Positionen, Nachrichten, Ansprechpartner und Aktionsvorschläge für die Gliederungen vor Ort.

I.9.4. Goldtimer

Die „Neuen Alten“ sitzen nicht still, sondern sie wollen sich engagieren, in der Arbeitswelt aktiv mitgestalten und ein engagierter Teil der Gesellschaft sein. Für diese



Prof. Dr. Ralf Dahrendorf mit dem SDS-Chefideologen Rudi Dutschke - Freiburg



Walter Scheel beim Wahlkampf auf Borkum



Dirk Niebel, Uwe Barth und Thomas Hahn bei einer Plakataktion am Brandenburger Tor

neue Generation 60plus hat die FDP im Jahr 2007 die Kampagne „Goldtimer – Für das goldene Alter“ ins Leben gerufen. Diese stärkt Senioren als aktive, engagierte Bürger, die nicht aufs Abstellgleis, sondern in die Mitte der Gesellschaft gehören. So wollen wir Liberale ein neues Altenbild in unserer Gesellschaft etablieren. Dass wir damit einen guten Riecher haben, zeigt die Tatsache, dass die Kampagne bereits im Herbst 2007 Nachahmer gefunden hat, so sprach die CDU zu diesem Zeitpunkt in einem Strategiepapier zur Bundestagswahl 2009, dass der Wirtschaftswoche vorlag (www.wiwo.de, 8. September 2007) von der „S-Klasse“. Die FDP war mal wieder einen Schritt voraus.

Die Kampagne blieb jedoch auch nicht ganz ohne Kritik. Vor allem die Motive der Kampagne waren vielen

nicht realitätsnah genug und lösten lebhaftere Diskussionen aus. Doch auch damit wurde ein Ziel der Kampagne erreicht: Senioren heute und ihre Lebenswelt und Bedürfnisse ins Gespräch zu bringen und so Seniorenpolitik zeitgemäß zu gestalten.

Im Jahr 2008 ging ein Film in den deutschen Kinos an den Start, der sich ebenfalls mit Lebenswelten von Senioren befasst, „Wolke 9“. Die FDP kooperierte deshalb mit dem Senator Film Verleih. Gemeinsam luden wir engagierte Senioren aus ganz Deutschland zum Filmgenuss ein.

Auch 2009 bleiben die „neuen Alten“ im Fokus der Kampagnenarbeit, um bei den Europa- und Bundestagswahlen 2009 optimale Ergebnisse zu erzielen.



Die Minister der sozial-liberalen Koalition:
Landwirtschaftsminister Josef Ertl
Außenminister Walter Scheel
Innenminister Hans-Dietrich Genscher



Klausurtagung über die
gesellschaftspolitischen Thesen der Partei
Josef Ertl, Walter Scheel, Wolfgang Mischnick
und Hans-Dietrich Genscher - Bonn

► I.10. Sitzungen der Hauptgeschäftsführer

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 12 Sitzungen mit den Hauptgeschäftsführern aller Landesverbände inklusive zweier Klausurtagungen sowie zwei virtuelle HGF-Sitzungen durchgeführt:

Am 7. Juni 2007 (virtuelle HGF-Sitzung), vom 20. bis 22. Juni 2007 Klausurtagung in Fleesensee, am 17. Oktober 2007 in Berlin, am 11. Dezember 2007 in Berlin, am 31. Januar 2008 in Bonn, am 23. April 2008 in Berlin, am 23. Mai 2008 (virtuelle HGF-Sitzung), am 2.-4. Juli 2008 in Rottach-Egern, am 1. Oktober 2008 in Berlin, am 16. Dezember 2008 in Berlin, am 12. Februar 2009 in Bonn und am 2. April 2009 in Hannover.

Der von FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeldt geleitete Kreis, dem neben den 16 Hauptgeschäftsführern auch die Jungen Liberalen und weitere Vertreter der liberalen Familie im Dienstleistungsumfeld der FDP angehören, dient in erster Linie der Koordinierung und Abstimmung verschiedenster Maßnahmen zwischen Landes- und Bundesebene, dem gegenseitigen Informationsaustausch und der weiteren Professionalisierung der Kampagnen- und Parteiarbeit.

Mit den beiden virtuellen Sitzungen am 7. Juni 2007 und am 23. Mai 2008 hat die FDP zudem bewiesen, dass sie zu Recht als „Internetpartei“ bezeichnet wird. In diesem virtuellen Raum wurden – jeweils kurz vor den Bundesparteitagen – letzte offene Fragen diskutiert, Dokumente und Pläne getauscht und finale Abstimmungen getroffen.

Neben solchen organisatorischen und administrativen Abstimmungsprozessen spielt die Vorbereitung von

Wahlkämpfen – auf Bundes- wie auf Landesebene – eine wichtige Rolle. Auch Wahlkämpfe auf Landesebene werden als eine Gemeinschaftsaufgabe verstanden, die sowohl einer gegenseitigen Unterstützung als auch einer engen Abstimmung bedürfen. Auf diese Weise ist es in den letzten Jahren immer wieder gelungen, die knappen finanziellen Ressourcen effektiv zu nutzen und organisatorische wie finanzielle Synergieeffekte zu schaffen.

Doch nicht nur die Vorbereitung, sondern auch eine intensive Nachbereitung der Wahlkämpfe findet in Form von Analysen und Vorträgen regelmäßig in diesem Gremium statt, zugleich werden gemeinsam alle neuen möglichen Werbemaßnahmen geprüft, die Werbemittelherstellung ständig professionalisiert, neue Kommunikationstechniken erschlossen und Gemeinschaftsaufgaben gelöst, von gemeinsamen Versicherungen für die Partei über die EDV-Ausstattung bis hin zum GEMA-Vertrag im Zusammenhang mit den bundesweiten Parteiveranstaltungen.

Neben den Wahlkämpfen beschäftigt sich der Kreis der Hauptgeschäftsführer aber auch mit der Vorbereitung und Unterstützung von thematischen Kampagnen der Bundespartei sowie mit dem Ausbau der Aktivitäten der FDP im Internet, wo die FDP mittlerweile weit vor allen anderen Parteien liegt und auch im kommenden Wahlkampf ihre Vorherrschaft weiter ausbauen will.

Erfolgreich fortgesetzt wurde im Berichtszeitraum aber auch die Arbeit der Arbeitsgruppe „Moderne Geschäftsstellenarbeit“, deren Ziel es ist, ein Konzept für eine modernere, bürgernähere, offenere und dialogorientiertere Gestaltung für alle Geschäftsstellen zu erarbeiten.



Der Parteivorsitzende Walter Scheel informiert Generalsekretär Karl Hermann Flach und Innenminister Hans-Dietrich Genscher über den Abschluss der Sach- und Personalverhandlungen mit der SPD zur Bildung der sozial-liberalen Koalition - Bonn



Die Delegation der Bundesrepublik bei der Aufnahme in die UNO - New York u.a. mit Walter Scheel, Rüdiger von Wechmar, Ernst Achenbach

► I.11. Internationale Liberale Organisationen

I.11.1. Liberale Internationale (LI)

Seit 1947 organisieren sich liberale Parteien aus der ganzen Welt in der Liberalen Internationale (LI). Sie ist seitdem zum größten internationalen liberalen Netzwerk weltweit angewachsen, bestehend aus liberalen Mitgliedsparteien, -organisationen und beobachtenden Parteien und Organisationen. So ist die LI der wichtigste Think Tank für liberale Werte und internationale liberale Politik geworden.

2009 vereint die LI bereits 61 Mitgliedsparteien, 7 Mitgliedsorganisationen, 28 beobachtende, sich nähernde Parteien mit 11 Partnerorganisationen und einem selbständigen Mitglied. Dass die liberale Sache politischen Erfolg hat, zeigen zahlreiche Regierungsbeteiligungen liberaler Parteien, z. B. in Andorra, Dänemark, Estland, Finnland, Honduras, Schweden, Rumänien, Philippinen und Senegal.

Die drei ausführenden Gremien der LI, der Kongress, das Büro und der Vorstand, koordinieren die weltweite Arbeit der LI für mehr Freiheit des Einzelnen, Menschenwürde, Menschenrechte, Rechtsgrundsätze, Toleranz, Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, freien Handel, Marktwirtschaft, eine zukunftsfähige Umwelt und internationale Solidarität.

Jährlich zeichnet die LI besonders engagierte Liberale mit dem Friedenspreis aus. 2007 erhielt Aliaksandr Milinkevich den Preis für sein Engagement für mehr Menschenrechte und Demokratie in Weißrussland. 2008 ging der Preis an Prof. Padraig O'Malley für seine Konfliktarbeit zum Beispiel in Nord-Irland oder auch in Südafrika. Die Verleihung des Friedenspreises macht deutlich, welche thematischen Schwerpunkte durch die LI im Berichtszeitraum gesetzt wurden: Stärkung und Umsetzung von Menschenrechten, der Ausbau von Demokratien und die internationale Konfliktlösung.

Im Berichtszeitraum 2007-2009 fand im Jahr 2008 der 55. LI-Kongress in Belfast, Nord-Irland statt. Das Executive Committee traf sich 2007 in Cancun, Mexiko

und Hamburg, Deutschland. Im Folgejahr sollte das Committee in Bangkok, Thailand, tagen. Aufgrund der Unruhen im Herbst 2008 wurde das Meeting in den April 2009 nach Brüssel verlegt.

Im November 2007 feierte die LI mit einem „Kongress



Die Deutsche Gruppe der LI auf dem Strategiejahreskongress der FDP

liberaler Denker“ ihr 60-jähriges Bestehen in Hamburg. Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und die FDP unterstützen die Liberale Internationale bei der Vorbereitung und der Durchführung der dazu gehörenden Veranstaltungen und Aktivitäten.

Die Delegierten der FDP zur Liberalen Internationale beteiligen sich intensiv an den Aktivitäten der LI und setzen wichtige Impulse in deren Arbeit: Dr. Wolfgang Gerhardt gehört als Vize-Präsident der LI seit 2002 an und bestimmt als Mitglied des Executive Committee Meetings so die Geschicke des Internationalen Netzwerkes der LI mit.

I.11.2. Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei (ELDR)

Liberalismus ist ein internationales Erfolgsmodell. 55 liberale Parteien aus allen Teilen Europas organisieren sich deshalb in der ELDR, um eine bessere Politik für alle Europäer zu gestalten. ELDR – diese Abkürzung steht für die Europäische Liberale, Demokratische und Reformpartei mit Sitz in Brüssel. Liberale Parteien aus allen Teilen Europas haben sich in der ELDR zusammengeschlossen, um in Brüssel und auf Europaebene



Bundespräsident Walter Scheel überreicht das Silberne Lorbeerblatt an Fußballweltmeister Günter Netzer - Bonn



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Gespräch mit UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim

1974

1975

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



für liberale Ideen, Demokratie und Reformen einzutreten. Vier Premierminister und 9 von 27 EU-Kommissaren stammen aus Parteien, die in der ELDR organisiert sind – sie sind der Garant, dass liberale Politik auf nationaler und EU-Ebene erfolgreich umgesetzt wird.

Die FDP entsendet regelmäßig Vertreter in die verschiedenen Exekutivorgane der ELDR. Zum Kongress der ELDR (=Parteitag) stellen die deutschen Liberalen 42 Vertreter und zusätzliche Ersatzvertreter. Zum Rat der ELDR (=kleiner Parteitag) werden 9 Vertreter und ergänzende Ersatzvertreter gewählt. Die Vertreter und Ersatzvertreter zum Kongress der ELDR und zum Rat der ELDR werden alle zwei Jahre, zeitlich versetzt, gewählt. 2008, auf dem 59. Ordentlichen Bundesparteitag der FDP in München, fand die Wahl der Delegierten zum Rat der ELDR statt. Die Wahl der Delegier-



ELDR-Kongress in Berlin

ten zum Kongress der ELDR erfolgt 2009 auf dem 60. Ordentlichen Bundesparteitag in Hannover.

Im Jahr 2007 begrüßte die FDP als Gastgeber die Teilnehmer des ELDR-Kongresses in Berlin. Dank der tatkräftigen Unterstützung aus der „liberalen Familie“ wurde der Kongress im Oktober 2007 ein großer Erfolg für die FDP und die ELDR. Liberale aus ganz Europa diskutierten über mehrere Tage die Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels und die Perspektiven liberaler europäischer Politik. 2008 reisten die Kongress-Delegierten nach Stockholm, um dort das ELDR Manifesto 2009 zu beraten und zu verabschieden. Im Herbst 2009 findet der ELDR Congress in Barcelona, Spanien statt.

Der Rat der ELDR, das Council, tritt ebenfalls in regelmäßigen Abständen zweimal jährlich zusammen, um

grundlegende politische Entscheidungen und Ausrichtungen der ELDR zu beschließen.

Die Jugendorganisation der ELDR ist das European Liberal Youth Movement, LYMEC. 210.000 Mitglieder zwischen 14 und 35 Jahren engagieren sich europaweit für liberale Ideen und Werte.

I.11.3. ALDE

Im Europäischen Parlament bildet die ELDR seit 2004 zusammen mit den Zentristen der Europäischen Demokratischen Partei (EDP) die „Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa“, kurz ALDE (www.alde.eu). Diese vereint 2009 insgesamt 101 Mitglieder (MdEPs) aus 22 Ländern. Unter der Führung des schottischen Liberalen Graham Watson behauptet sich die ALDE als drittstärkste politische Kraft im Europäischen Parlament. Die FDP-Europaabgeordnete und Spitzenkandidatin der FDP zur Europawahl 2009, Dr. Silvana Koch-Mehrin, ist die stellvertretende Vorsitzende der ALDE-Fraktion. Sie leitet gleichzeitig die deutsche Gruppe im Europaparlament.

Im Berichtszeitraum engagierte sich die ALDE thematisch vor allem gegen Menschenhandel und Kindersex-Tourismus, hinsichtlich des Klimawandels und für mehr Bürgerrechte in Europa. So initiierte die ALDE beispielsweise die Kampagne „Civil Liberties“, die von Alexander Alvaro MdEP mit getragen wurde. Die One-Seat-Kampagne ist ein weiteres Herzstück des ALDE-Engagements. Dabei fordert die ALDE mit entscheidender Unterstützung durch die deutschen Liberalen mehr Bürokratieabbau, und dass das Europäische Parlament nur noch an einem Ort tagen und wie jedes andere Parlament auch, alleine über seinen Sitze entscheiden soll. Denn derzeit tagt das Parlament im Wechsel in Brüssel (Belgien) und Straßburg (Frankreich), was erhebliche Kosten verursacht und so die europäischen Steuerzahler enorm belastet. Die Spitzenkandidatin der FDP zur Europawahl 2009 Dr. Silvana Koch-Mehrin unterstützte in zahlreichen Aktionen diese Kampagne der ALDE (www.einsatz.de/ www.oneseat.de).



Wahlkongress in Freiburg
Harald Hoffmann, Hans-Dietrich Genscher
und Wolfgang Mischnick



Werner Maihofer auf dem Parteitag in Kiel

Startseite | Impressum | Kontakt

Ihr Benutzername Ihr Passwort Einloggen

Eingeloggt bleiben | Passwort vergessen? | Registrieren

FDP
Die Liberalen

FREUNDE EINLADEN

my.fdp

FDP AUFS HANDY

Für wichtige Infos senden Sie fdp09 per SMS* an 87654

*Sie zahlen einmalig eine SMS zu ihren netzabhängigen Gebühren.

Ich bin dabei...

ich spende... 10 € 20 € mehr

mit mach arena

► I.12. Internet: Die FDP 2.0

Für die FDP ist das Internet längst zu einem zentralen Medium geworden, um die Menschen und das Ziel des Politikwechsels zu erreichen.

Der Dialog mit den Bürgern steht im Mittelpunkt aller Aktivitäten der Liberalen. Es geht darum, Unterstützer und Interessierte mit niedrighschwelligem Angeboten so zu informieren, dass diese als Netz-Multiplikatoren Inhalte aufnehmen und verbreitern können. Und so sind seit 2007 neue interaktive Angebote hinzugekommen, die die Tür zu einer neuen Form politischer Kommunikation aufgestoßen haben:

I.12.1. my.FDP rundum erneuert

Um den Wandel der FDP von einer Gremien-Partei zu einer Bürgerbewegung erfolgreich fortzusetzen, wurden die bewährten Dialoginstrumente weiter ausgebaut. Dazu gehört auch die Erweiterung der liberalen Kommunikationsplattform my.fdp.de. Der Nutzer kann sich seine ganz persönliche Startseite gestalten, auf der er per Mausklick alle für ihn relevanten Inhalte einbindet. Mit dem individualisierbaren Newsletter bietet my.fdp.de ein Mittel, bei dem die Bedürfnisse

der einzelnen Mitglieder der Maßstab der FDP-Arbeit sind. Darüber hinaus werden die Kontakte zu den liberalen Freunden angezeigt.

Mit my.FDP ist es den Liberalen gelungen, erfolgreiche Tools des Web 2.0 in die Welt der politischen Kommunikation zu überführen und eine Plattform für aktive Mitwirkung zu etablieren. Dazu gehört neben dem Internetangebot jubilaum.fdp.de zum 60. Geburtstag der FDP, dem Angebot zur Kampagne „Leben Sie. Bürgerfreiheit“, das sich durch den T-Shirt-Shop auszeichnet, insbesondere die Online-Debatte zum Deutschlandprogramm. Mehr als anderthalb Jahre vor dem regulären Termin der Bundestagswahl hatten alle Bürger schon zum dritten Mal die Gelegenheit, unter www.deutschlandprogramm.de an einem Wahlprogramm der FDP mitzuarbeiten. Aufgrund der guten Erfahrungen wurde unter www.europaprogramm.de auch das FDP-Programm zur Europawahl zur Diskussion gestellt. Einzige Voraussetzung für die Teilnahme war die Anmeldung auf my.fdp.de. Die FDP hat damit dem Netzwerk-Gedanken im politischen Alltag eine ganz neue Qualität gegeben.

Der Erfolg gibt der FDP Recht: Mit über 10.000 freigeschalteten Profilen bei mehr als 40.000 Nutzern erfreut sich die Kommunikationsplattform einer



Außenminister Hans-Dietrich Genscher besucht mit Ehefrau Barbara ein deutsches Entwicklungshilfeprojekt in Burundi



Rüdiger von Wechmar vor dem UNO-Gebäude in New York

1978

1979

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



60. ORD. BUNDESPARTEITAG DER FDP

15. bis 17. Mai 2009 in Hannover



Startseite
Tagesordnung
Anreise
Hannover
Hotels
Links

[| Druckversion](#) | [Seite weiterempfehlen](#)

60. Ord. Bundesparteitag der FDP



Die Liberalen treffen sich vom 15. bis zum 17. Mai zum 60. Ordentlichen Bundesparteitag in der [Messe Hannover](#). Bei dem dreitägigen Parteitag stehen turnusgemäß die Wahlen zum Präsidium und Bundesvorstand an. Die 662 Delegierten erwartet vor allem die Debatte des Wahlprogramms zur Bundestagswahl im September. Ein weiterer Schwerpunkt stellt die Europawahl am 7. Juni dar. FDP-Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin wird die Liberalen auf die heiße Phase des Wahlkampfes einstimmen. Auf dieser Parteitagseite werden Sie fortlaufend aktuell über das Geschehen in Hannover informiert.

Informationen zu [Anreise](#) und [Bahntickets zu Sonderkonditionen](#)

Presseakkreditierung



Links



SMS-Service



FDP aufs Handy - Für wichtige Infos senden Sie **fdp09** per SMS* an **87654**

*Sie zahlen einmalig eine SMS zu Ihrem netzabhängigen Tarif.

Niedersachsen-Abend



Am 16. Mai lädt die FDP Niedersachsen zum **Niedersachsen-Abend** in die **Herrenhäuser Gärten** ein. In der malerischen Kulisse einer der schönsten Parkanlagen Europas erwartet Sie ein Abend mit niedersächsischen Spezialitäten und Köstlichkeiten und zum Finale ein exklusiver Blick auf ein **Feuerwerk der Spitzenklasse**. Bereits zum 19. Mal treten in Hannover die besten Pyrotechniker der Welt gegeneinander an. Zur Eröffnung am 16. Mai präsentiert sich das letztjährige Siegerteam aus Frankreich.

[› mehr dazu](#)

Mitmachen



großen Beliebtheit. Mittlerweile gibt es darunter knapp 8.000 aktive FDP-Mitglieder, knapp 1.900 Funktionsträger mit Steckbrief und über 2.500 Selbstdenker.

I.12.2. MitMachArena

Für die Kampagnenarbeit und die Aktivitäten in Berlin und vor Ort brauchen die Liberalen im Superwahljahr 2009 viele freiwillige Helfer. Um eine möglichst große Unterstützung zu erhalten, ist im Februar 2009 die MitMachArena online gegangen. Seither wächst auch im Netz die Anzahl der „Freunde der Freiheit“ kontinuierlich, die sich aktiv für die Sache der Liberalen einbringen wollen.

Zirka 17.000 Unterstützer registrierten sich bereits und profitieren von exklusiven Nachrichten oder den Kommunikations-Tools. Die User können sich für den SMS-Info-Service anmelden und Leserbriefe schreiben. In einem Diskussionsforum können sie sich mit

anderen Liberalen austauschen, finden einen Zugang zum Bürgerfonds, bei dem sie für den Politikwechsel mit der FDP spenden können.

Angelehnt an die Kampagne von Barack Obama verfolgen die Liberalen damit das Ziel: Vernetzung und Verselbstständigung der Kampagne (die sogenannte Graswurzelbewegung). Während die anderen Parteien noch über ihren Strategien brüten und zaghafte Schritte wagen, wie sie Unterstützer im Internet für sich gewinnen können, verfügt die FDP damit über ein breites Netzwerk für den Dialog mit den Bürgern. Mit 17.000 Unterstützern in der MitMachArena liegen die Liberalen auch im Internet-Wahlkampf vorn, auch vor CDU und SPD.

I.12.3. Web 2.0-Instrumente

Den Anspruch der FDP, dem Netzwerk-Gedanken im politischen Betrieb eine ganz neue Qualität zu geben,



Bundeswirtschaftsminister
Otto Graf Lambsdorff krempelt die Ärmel hoch



Liselotte Funcke auf dem Bundesparteitag in Köln

1980

1981

unterstreicht auch FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz: Mit seinem Blog unter <http://beerfeltz.de> nutzt er unter anderem twitter als eines der Werkzeuge, die das Web 2.0 zu bieten hat. Das Blog ist ein weiteres Mittel, um mit Sympathisanten und Mitgliedern zu kommunizieren: Beerfeltz hat parallel dazu unter <http://reformblog.de> bereits das Weblog zur Parteireform initiiert.

Mit zahlreichen weiteren Blogs wie dem von FDP-Generalsekretär Dirk Niebel oder Gruppen bei Facebook und studiVZ engagieren sich die Liberalen in den Social Communities. Dazu gehört auch der Mikro-Blogging-Dienst Twitter, bei dem die Liste der aktiven Liberalen immer länger wird. Die FDP geht für den Dialog mit dem Bürger also dort hin, wo sich die unterschiedlichen Zielgruppen aufhalten. Für die engagierten ehrenamtlichen Wahlkämpfer hat die FDP im März 2009 das Netzwerk mit Nutzwert in die Mit-MachArena integriert. Ob Reisen, Übernachtungen, Versicherungen, Geschenke aus der Quality Collection oder Dienstleistungen: Mehr als 100 Rabattmöglichkeiten und Sonderkonditionen gibt es deutschlandweit für die Freunde der Freiheit. Auch die liberalen Wirte sind dabei. Zudem gibt es dort die Gelegenheit, beim Bundesliga-Tippspiel der Liberalen mitzumachen.

Beispielhaft für den Ausbau der Web-Aktivitäten ist auch die in 2008 komplett überarbeitete Homepage des FDP-Bürgerfonds, mit dem die FDP die Ausgangsposition für den Bundestagswahlkampf 2009 verbessern will. Denn auch bei der Spendenakquise setzt sie aufs Internet. Über den Dialog kann die FDP nicht nur Spender erreichen, sondern auch eine klare Beziehung zur Partei herstellen. Unter www.fdp-buergerfonds.de werden unter anderem die Kampagnen und

Aktionen der FDP in den Mittelpunkt gerückt, um den Menschen zu signalisieren: „Auch eine kleine Spende hilft, um am Politikwechsel mitzuwirken.“ Anhand einer Spendenuhr kann jeder mitverfolgen, wie viel er zum Erfolg beigetragen hat.

Das Angebot der Partei an Mandatsträger und Untergliederungen, sich im Corporate Design der FDP einen eigenen Webauftritt einzurichten, wurde weiter entwickelt. Unter www.fdp-homepage.de stehen alle Informationen zu den Angeboten bereit.

Für Mitte 2009 ist eine Weiterentwicklung des Portals geplant. Entscheidende Kriterien dabei sind mehr Interaktivität, Aktualität, Transparenz der politischen Arbeit sowie verbesserte Serviceangebote an Mitglieder und Interessenten. Das Ergebnis wird eine moderne und sehr aktuelle Aufbereitung politischer Inhalte sein, wie es sie bisher in der politischen Online-Kommunikation in Deutschland nicht gibt. In einer Innovations-Arbeitsgruppe mit Vertretern aus den drei liberalen Institutionen wurde ein neues Konzept entwickelt. Die Universum Gruppe ist gegenwärtig mit der Umsetzung befasst und eine breite Gruppe ehrenamtlicher Top-Profis aus der Web-Welt hilft uns dabei in einer Internet-Arbeitsgruppe.



33. Ord. Bundesparteitag in Berlin



Generalsekretärin Irmgard Schwaetzer mit einem Wahlplakat

► I.13. FDP-Landesverband LV Net

Vorsitz: **Maja Pfister**

Auch in den vergangenen beiden Jahren hat sich der Mitgliederzuwachs des FDP LV Net fortgesetzt. Mit über 450 Mitgliedern ist der FDP LV Net weiter gewachsen.

Mit Themen wie Bildungspolitik, familienfreundliches Deutschland und IT-Kompetenz des Staates hat sich der FDP LV Net bei den letzten Parteitag mit einer breit gefächerten Programmatik befasst. Im ständigen Forum des FDP LV Net debattieren Liberale im In- und Ausland über aktuelle politische Entwicklungen und setzen sich kritisch mit der Politik der sogenannten Großen Koalition auseinander. Die Beschlüsse sind auf der Website des Verbandes unter lvnet.fdp.de zu finden.

Neben bundesunmittelbaren FDP-Mitgliedern und FDP-Mitgliedern im Ausland engagieren sich FDP-Mitglieder im Internet-Landesverband, die sich aufgrund von Familienphase, beruflicher Mobilität, ungewöhnlicher Arbeitszeiten oder anderer persönlicher Gründe orts- und zeitunabhängig an der Parteiarbeit betei-

gen wollen. Neue Medien für mehr Bürgerbeteiligung zu nutzen kann kein Selbstzweck sein, sondern eine Möglichkeit, es den Menschen zu erleichtern, sich mit ihren Ideen einzubringen und dadurch die Chance zu erhalten, demokratische Entscheidungen zu beeinflussen.

Der US-amerikanische Wahlkampf hat eindrucksvoll die Möglichkeiten der neuen Medien in der politischen Kommunikation aufgezeigt. Der FDP LV Net als virtueller Verband ist ein Praxisbeispiel für E-Democracy. In den anstehenden Wahlkämpfen wird der FDP LV Net seine Kompetenz und Erfahrung in der politischen Online-Kommunikation unter Beweis stellen. So hat der Vorstand des FDP LV Net auch die Friedrich-Nau- mann-Stiftung für die Freiheit bei einem Seminar zu politischer Kommunikation und Wahlauseinandersetzung im Internet tatkräftig unterstützt. Unter anderem sind in den Wahlkämpfen wieder virtuelle Wahlkampfstände geplant, um in den Online-Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu treten.



Hans-Jürgen Beerfeltz und Maja Pfister machen neugierig auf LV Net



Irmgard Schwaetzer, Martin Bangemann, Hans-Dietrich Genscher und Gerhart Baum im Europawahlkampfzug



Hans-Dietrich Genscher gratuliert dem neuen Parteivorsitzenden Martin Bangemann Bundesparteitag - Saarbrücken

1984

1985

► I.14. FDP-Bürgerfonds

Leitung: **Hermann Otto Solms**

Kein erfolgreicher Wahlkampf ohne die nötigen Mittel. Im Frühjahr 2008 stellte der FDP-Bürgerfonds mit einem neuen Internet-Auftritt die Weichen für dessen Arbeit in diesem Jahr. Auf den klar strukturierten Seiten finden sich Berichte über Veranstaltungen und Aktionen, Terminhinweise sowie Möglichkeiten zum Internet-Wahlkampf nach amerikanischem Vorbild. Ziel soll es sein, das Werben um Stimmen auch im Internet mit dem Werben um Mittel zur Kampagnenfinanzierung zu verbinden.

Am 30. April 2009 wird beim traditionellen bundesweiten Fundraising-Dinner in Berlin der Startschuss zur Fundraising-Offensive im Superwahljahr 2009 gegeben. Neben den Spenden-Dinnern in den Landeshauptstädten steht vor allem die Internet- und Multiplikatoren-Kampagne im Mittelpunkt der Arbeit des Bürgerfonds.



Dr. Claudia Winterstein wirbt für den FDP Bürgerfonds

Im Wahlkampf wird durch Plakate, Mailings sowie auf der Trucktour die Verbindung zur Online-Kampagne hergestellt. Die Unterstützer sind schon ab drei Euro per Spenden-SMS dabei und können im Internet nicht nur den Erfolg der Kampagne nachverfolgen, sondern auch eigene Veranstaltungen über my.FDP organisieren, die Ergebnisse auf der Spendenuhr einsehen und im Spendenparlament gemeinsam über den Einsatz der erzielten Mittel bestimmen. Die Fundraiser werden dann auf dem außerordentlichen Bundesparteitag vor der Bundestagswahl im September 2009 in Potsdam prämiert.

Durch die Vernetzung der Online-Kampagne mit klassischen Wahlkampfmoden unterstreicht die FDP erneut ihre Vorreiterrolle bei der politischen Internetarbeit in Deutschland. Im Bundestagswahlkampf 2005 standen Union und SPD jeweils bis zu siebenfach größere Wahlkampfbudgets zur Verfügung als den Freien Demokraten. Dieses Missverhältnis aufzuheben, daran arbeiten der FDP-Bürgerfonds und die liberalen Fundraiser.



37. Ord. Bundesparteitag in Hannover, Martin Bangemann nach seiner Wiederwahl zum Parteivorsitzenden



Sonderparteitag in Mannheim

Wahlkampf in Hamburg und ein stolzer Wahlsieger Jörg-Uwe Hahn in Hessen



► I.15. Wahlkämpfe

Seit 1. Januar 2007 haben insgesamt elf Wahlen stattgefunden: Die sechs Wahlen zu den Landesparlamenten in Bremen, Hessen (2x), Niedersachsen, Hamburg und Bayern, sowie die fünf Kommunalwahlen in Hamburg, Bayern, Schleswig-Holstein, Sachsen und Brandenburg.

Der FDP ist es dabei gelungen, bei allen Wahlen hinzu-zugewinnen. Gleichzeitig gelang ihr auch der Wiederein-zug in die Parlamente der Länder Bremen und Bayern. Damit sind die Liberalen nun in insgesamt 13 Landespar-lamenten (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sach-sen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein) vertreten. In den fünf bevölkerungsreichsten Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen und Nord-rhein-Westfalen) bzw. bei 67,3 Prozent der Deutschen gibt es damit nun eine Landesregierung mit FDP-Beteil-igung. Es werden somit mehr als 55 Millionen Menschen in Deutschland von der FDP regiert.

Ergebnisse bei den Landtagswahlen im Einzelnen:

Bei den Landtagswahlen in Bayern am 28.09.2008 erreichte die FDP das beste nach dem 2. Weltkrieg jemals im Freistaat erzielte Ergebnis. Die FDP stei-gerte sich um insgesamt 5,4 Prozentpunkte auf 8,0 Prozent der Stimmen.

Bei der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 24.02.2008 verbesserte sich die FDP von 2,8 auf 4,8 Prozent.

Die Wähler in Hessen (27.01.2008) honorierten die Oppositionsarbeit der FDP in der vergangenen Legis-laturperiode und bescherten der FDP mit 9,4 Prozent das beste Ergebnis seit 1970. Bei den vorgezogenen Landtagswahlen in Hessen (18.01.2009) erzielte die FDP mit sensationellen 16,2 Prozent sogar das beste Ergebnis seit 1954.

In Niedersachsen (27.01.2008) belohnten die Wäh-ler die Regierungsarbeit der FDP in der vergangenen Legislaturperiode mit einem Ergebnis von 8,2 Prozent.

Bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft am 13.05.2007 erreichte die FDP mit 6,0 Prozent Fraktionsstärke. In beiden Wahlkreisen, Bremen (5,4 Prozent) und Bre-merhaven (8,8 Prozent), lag sie deutlich über der Fünf-Prozent-Hürde. Insgesamt verbesserte sie sich gegenüber 2003 um 1,8 Prozentpunkte.

Ergebnisse in den Kommunalwahlen im Einzelnen:

Bei der Wahl zu den Hamburger Bezirksversamm-lungen am 24.02.2008 erreichte die FDP mit 6,2 Pro-zent ihr bestes Ergebnis seit 1987 und ist jetzt wieder in fünf von sieben Bezirken vertreten.



39. Ord. Bundesparteitag in Wiesbaden
Parteivorsitzender Otto Graf Lambsdorff
und Generalsekretärin
Cornelia Schmalz-Jacobsen nach ihrer Wahl



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher
und der tschechische Außenminister
Jiří Dienstbier durchtrennen den Stacheldraht
an der gemeinsamen Grenze

1988

1989



Bei der Kommunalwahl in Bayern am 02.03.2008 konnte die FDP mit 3,8 Prozent ihr Ergebnis nahezu verdoppeln. Nach dem besten Abschneiden seit 1948 verfügt sie nun über 170 Mandate in den Kreistagen und Stadträten.

Die Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 25.05.2008 bescherte der FDP mit 9,0 Prozent das beste Ergebnis seit 1974. In Kreisen und kreisfreien Städten ist sie jetzt mit 71 Mandatsträgern vertreten.

Bei der Wahl zu den Kreistagen in den neu formierten Landkreisen Sachsens am 08.06.2008 erreichte die FDP 8,3 Prozent der Stimmen und ist dort jetzt mit 75 Mandaten vertreten.

Bei der Kommunalwahl in Brandenburg am 28.09.2008 erzielten die Liberalen bei den Wahlen zu den Kreistagen der Landkreise und den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte insgesamt 7,3%.

Anzahl Mandate (ohne Kommunen)

Die FDP verfügt über 132 Mandate in Landesparlamenten (05.05.2005: 113), 61 (47) Bundestagsabgeordnete und 7 Europaabgeordnete. Am 05.05.2005 hatte die FDP 167 Mandatsträger, heute sind es insgesamt 200 (mit Landesministern und Staatssekretären sogar 214).



Hans-Jürgen Beerfeltz präsentiert ein Europawahl-Plakat



Pressekonzferenz zum Wiedervereinigungsvertrag Hans-Dietrich Genscher und DDR-Außenminister Markus Meckel - Bonn



Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher mit seinem britischen Amtskollegen Douglas Hurd in Leipzig

► I.16. Das Mentoring-Programm der FDP „Top-Nachwuchs-Talent“

Die FDP wächst weiter! Trotz steigender Mitgliederzahlen für die Liberalen in den vergangenen Monaten ist der prozentuale Anteil der Frauen innerhalb der Partei jedoch unbefriedigend niedrig. Deshalb führen die Liberalen seit Januar 2008 jährlich ein Mentoring-Programm „Top-Nachwuchs-Talent“ durch. Es ist Teil einer Reihe von Maßnahmen zur Entwicklung politischen Personals, das der Bundesvorstand der FDP auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 beschlossen hat. Vorrangiges Ziel ist es, jungen leistungsbereiten und politisch engagierten Menschen, insbesondere Frauen, den Einstieg in die politische Laufbahn zu erleichtern und sie dabei zu fördern. Es dient insbesondere der Qualifikation für Schlüsselpositionen in Behörden, Ministerien und auf der politischen Entscheidungsebene. Basis dabei ist die Beratungs- und Unterstützungsbeziehung zwischen einer politisch erfahrenen Führungskraft (Mentor) und einer Nachwuchskraft (Mentee). Die Mentoren sind erfahrene Politiker aus der politischen Führung der Liberalen auf Bundes- und Landesebene.

Seit dem Start des Mentoring-Programms, hat sich dieses kontinuierlich zu einem erfolgreichen Projekt entwickelt. Der Bundesvorstand der FDP hat deshalb am 10. November 2008 beschlossen, die Pilotphase

des Mentoring-Programms bis Ende 2010 fortzusetzen. Damit ist das Mentoring-Programm erst ab 2011 für männliche Bewerber zugänglich. Das Programm trägt erste Früchte: Von sechs Frauen unter den ersten 20 Kandidaten der FDP für die Europawahl sind zwei aus dem Mentoring-Programm.

30 Mentoring-Paare bilden den neuen Mentoring-Jahrgang 2009. Bereits Anfang April gab es für die Mentoring-Teilnehmer eine erste Informationsveranstaltung über die Seminarangebote zur Verbandsarbeit, die von der Virtuellen Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNST) angeboten werden. Daneben unterstützt die Deutsche Presseakademie (depak) das Nachwuchsprogramm der FDP mit begleitenden Pflicht- und Präsenzseminaren. Ihre Teilnahme am Programm wird durch ein Zertifikat der depak bescheinigt. Weitere wichtige Programm-Bausteine des Mentorings sind die Einführungs-, Halbzeit- und Abschlussveranstaltung, begleitend zu den regelmäßigen Kontakten und Treffen der Mentoring-Paare. Über ein Alumni-Programm sollen die Top-Nachwuchs-Talente auch über die heiße Phase des Mentoring-Programms hinaus miteinander in Kontakt bleiben und die Vernetzung vorantreiben.



Die Teilnehmer des Mentoring-Programms 2008



Bundesparteitag in Bremen
Klaus Kinkel, Hans-Dietrich Genscher,
Otto Graf Lambsdorf, Hermann Otto Solms



Außenminister Klaus Kinkel
spricht vor der UN-Gipfelkonferenz

1992

1993



► I.17. Liberaler Parteiservice (LiPS)

Vorsitzender des LiPS-Beirates:

Hans-Jürgen Beerfeltz

Geschäftsführender Koordinator:

Karl-Heinz Rübesamen

„Frei für Politik“, unter diesem Motto hat der Bundesvorstand vor einigen Jahren ein Bündel an Maßnahmen beschlossen. Aus diesem Beschluss resultierte die Gründung des Liberalen Parteiservices (LiPS) am 10. November 1999 durch den Bundesverband und die Landesverbände. Ziel ist es, die Dienstleistungsfähig-

keit der Partei durch größere Kooperation zwischen den Landesverbänden, durch Verlagerung von organisatorischen Aufgaben und durch Schaffung eines gemeinsamen Angebots für zentrale Dienstleistungen zu stärken.

Der Tätigkeitsschwerpunkt dieser Organisationseinheit, die finanziell je zur Hälfte von der Bundespartei und den Landesverbänden getragen wird, liegt im Bereich der Buchhaltung und Rechenschaftslegung für die Gliederungen der Partei. Zudem ist der Libe-



Generalsekretär Guido Westerwelle
vor dem Thomas-Dehler-Haus in Bonn



46. Ord. Bundesparteitag in Mainz
Wolfgang Gerhardt mit Ruth Wagner
nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden

1994

1995

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



rale Parteiservice sowohl für Organisationsdienstleistungen als auch für die Beratung von Schiedsgerichts- und Satzungsfragen zuständig. LiPS führt auch die Geschäftsstelle dieser Organe.

Mitglieder des LiPS-Beirates sind die Hauptgeschäftsführer aller Gründungslandesverbände. Über den Haushalt von LiPS entscheidet die Landesschatzmeisterkonferenz.

Aufgrund der erheblich verschärften Anforderungen des Parteiengesetzes hat der Bundesschatzmeister gemäß § 14 (2) der Finanz- und Beitragsordnung und laut Beschluss der Landesschatzmeisterkonferenz vom 21. März 2003 zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes verbindliche Richtlinien herausgegeben. Dazu gehörte die Einführung einer einheitlichen Software für die gesamte Partei und die Vorgabe an die Gliederungen, ihre Buchhaltung und Rechenschaftslegung durch den Liberalen Parteiservice in zentralen Buchungszentren bearbeiten zu lassen.

Sowohl die Abläufe als auch die Akzeptanz des Buchhaltungsprojektes sind dabei stetig gewachsen. Alle rechenschaftspflichtigen Gliederungen arbeiten mit LiPS zusammen. Im Fall des Landesverbandes Schleswig-Holstein erfolgt diese Zusammenarbeit über den Landesverband Schleswig-Holstein. Die Mehrzahl dieser Gliederungen der Partei reichen die Unterlagen gemäß den Vorgaben des Bundesschatzmeisters unterjährig ein, um so einen steten Beleg- und Bearbeitungsfluss in den Buchungszentren zu ermöglichen und eine zeitnahe Quittierung der Zuwendungsbestätigungen für alle Mitglieder zum Jahresende zu gewährleisten. Das neue System hat maßgeblich dazu beigetragen, flächendeckend Korrekturen vor Abgabe des konsolidierten Gesamtberichtes beim Bundestagspräsidenten vorzunehmen und vermeidet sonst drohende Sanktionen nach dem Parteiengesetz.

Gemeinsam mit der Einführung des Buchhaltungssystems wurde den Verantwortlichen der Gliederungen die Gelegenheit gegeben, die Auswertungen über das sogenannte Funktionsträger-Web-Portal zu erstellen.



Erster Onlineauftritt „www.liberales.de“ - Karlsruhe
Generalsekretär Dr. Guido Westerwelle

Die Delegierten des 48. Ord. Bundesparteitages
in Wiesbaden nehmen mit überwältigender
Mehrheit das neue Grundsatzprogramm,
die „Wiesbadener Grundsätze“ an.



Der Liberale Parteiservice auf dem 58. Ord. Bundesparteitag in Stuttgart

Dieses System wurde weiterentwickelt, so dass nunmehr alle Gliederungen die Möglichkeit haben, den Datenbestand ihrer Mitglieder und Interessenten über das Funktionsträger-Web-Portal zu pflegen und auch den Beitragseinzug im System eigenständig vorzubereiten. Auch hier wächst stetig die Zahl der Gliederungen, die vom Angebot des Funktionsträger-Web-Portals Gebrauch machen. In diesem Zusammenhang fanden zahlreiche Schulungen und Präsentationen vor Ort statt.

Die sehr komplexe IT-Grundlage für dieses System ist unter ständiger Weiterentwicklung und Verbesserung. Zur Zeit wird die originalersetzende Digitalisierung vorbereitet.

Schon traditionell unterstützt der Liberale Parteiservice die Wahlkampf führenden Landesverbände in den Fällen, in denen dort ausreichende Ressourcen für Personaleinsatz nicht zur Verfügung stehen. Im Erfolgsfall fließen die so von der Solidargemeinschaft aufgebraachten Mittel in die „Kampagnenkasse“ von LiPS zurück und stehen für kommende Aktivitäten zur Verfügung.

Ein Erfolgsmodell ist inzwischen auch die innerparteiliche Liquiditätshilfe zwischen den einzelnen Gliederungen unter Steuerung durch LiPS. Gliederungen mit Bankguthaben stützen hierunter solche mit Liquiditätsengpässen. Auf diese Weise werden der Gesamtpartei erhebliche Kreditkosten erspart.



Plakatierung vor dem Thomas-Dehler-Haus in Bonn mit Generalsekretär Guido Westerwelle



Als erste Partei zieht die FDP nach Berlin

1998

1999

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



II. Programmarbeit

► II.1. Bundesfachausschüsse

II.1.1. Internationale Politik

Vorsitz: **Markus Löning**

Im Jahr 2007 wurde Markus Löning vom Bundesvorstand wiederum mit der Leitung des BFA Internationale Politik beauftragt.

Der Bundesfachausschuss tagt zwei Mal im Jahr. Vorsitzende der Unterausschüsse sind Birgit Homburger (Sicherheit), Hellmut Königshaus (Entwicklungszusammenarbeit), Prof. Berthold Meyer (Außenpolitik) und Alexander Graf Lambsdorff (Europapolitik). Einige Unterausschüsse haben zwischen den Sitzungen auch separat getagt. Die Kollegen aus dem AK I der Bundestagsfraktion sowie Alexander Graf Lambsdorff als Vertreter der FDP im Europäischen Parlament nahmen regelmäßig an den Sitzungen des Bundesfachausschusses teil, berichteten Aktuelles aus ihren jeweiligen Fachgebieten und beteiligten sich an den Debatten.

Im Mittelpunkt der ersten Sitzung im Dezember 2007 standen die Konstituierung und die bilateralen Beziehungen zum Iran. Der Außenpolitik-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik Dr. phil. Johannes Reissner referierte zu „Iran: Partner oder Gegner der Zukunft“ und gab einen Überblick zur aktuellen Situation im Land. Die Mitglieder des AK I konnten darüber hinaus zum aktuellen Stand der Atomgespräche berichten. Es wurden Anträge zur Russland-, Europa- und Entwicklungspolitik beraten. Die beschlossenen Anträge wurden an die Bundestagsfraktion weitergeleitet.

Die zweite Sitzung im Juni 2008 widmete sich der Erstellung des Wahlprogramms für die Europawahl 2009. Dazu tagte der Bundesfachausschuss in Brüs-

sel und traf dort in den Räumen des Europäischen Parlamentes mit Vertretern der deutschen Gruppe der ALDE zusammen. Die Vorsitzende der Europäischen Liberalen (ELDR), Annemie Neyts, stellte erste Gedanken zu einer gemeinsamen europäischen Wahlkampagne vor. Die liberale Vorsitzende des Parlamentsausschusses für die EU-Beitrittsgespräche Kroatiens, Dr. Vesna Pusic, hielt einen Vortrag über die EU aus Sicht eines Beitrittskandidaten. Trotz des an diesem Wochenende gescheiterten irischen Referendums waren die Teilnehmer der Sitzung optimistisch, dass es letztlich zur Ratifizierung des Vertrages von Lissabon kommen würde. Die vom Bundesfachausschuss beschlossenen Schwerpunkte des Europawahlprogramms wurden später in den Europaforen weiter diskutiert.

Die dritte Sitzung fand im Oktober 2008 statt. Schwerpunkt der Diskussion war diesmal China. Zu „China: Zeit für internationale Verantwortung“ referierte Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto-Wolff Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. Der Bundesfachausschuss beriet auch die Ergebnisse der Europa-Foren und legte dem Bundesvorstand schließlich eine Fassung des Europawahlprogramms vor, die später mit wenigen Änderungen vom Europaparteitag im Januar 2009 beschlossen wurde.

Im März 2009 fand die vierte Sitzung des Bundesfachausschusses statt. Im Mittelpunkt standen die Beratungen über den außenpolitischen Teil des Bundestagswahlprogramms. Dabei wurden in enger Abstimmung mit den Mitgliedern des AK I der Bundestagsfraktion außenpolitische Schwerpunkte verabschiedet, die die Liberalen auf Abrüstungspolitik, internationale Zusammenarbeit und europäische Einigung festlegen. Die Ergebnisse wurden dem Bundespräsidium und dem Bundesvorstand zur Verfügung gestellt.

II.1.2. Wirtschaft und Arbeit

Vorsitz: **Dr. Klaus von Lindeiner**

Stellvertreter: **Dr. Annette Littmann,**

Professor Dr. Karl-Heinz Paqué, Dr. Jan Rittaler

In der Berichtsperiode kam der BFA zu fünf Plenarsitzungen zusammen, viermal in unserem Traditionshotel in Fulda-Künzell, einmal waren wir zu Gast bei Wirtschaftsminister Ernst Pfister und der FDP-Landtagsfraktion in Stuttgart. Zwischen den Plenarsitzungen trafen sich die Unterausschüsse/Arbeitsgruppen: „Wettbewerb, insbesondere Energiepolitik“ (Leitung: Klaus Bünger), „Globalisierung“ (Karl-Heinz Paqué) sowie „Arbeitsrecht“ (gemeinsam mit dem BFA Innen und Recht, Michael Wolgast/Henrik Winterhager). Außerdem wirkte der BFA aktiv an den Arbeiten der Kommission „Reform der Finanzverfassung“ mit. Ebenso war er in Person und durch seine Papiere an der Vorbereitung des Bundestagswahlprogramms 2009 beteiligt.

Auch in der jetzt zu Ende gehenden Amtsperiode hat der stellvertretende Bundesvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Rainer Brüderle an nahezu jeder Sitzung teilgenommen. Ebenso wertvoll war für uns die verlässliche Präsenz der weiteren Vertreter der Fraktion Paul Friedhoff, Gudrun Kopp (vor allem zu Fragen der Energiepolitik) sowie (bis zu seiner Berufung zum bayerischen Wirtschaftsminister) Martin Zeil. Die „Aktuellen Stunden“ mit ihnen gehörten zu den Höhepunkten unserer Sitzungen. Dabei wurde der Ausschuss jeweils frühzeitig über Vorhaben der Fraktion informiert. In den stets offenen, zuweilen kritischen Diskussionen konnten aber auch wir den Abgeordneten deutlich machen, wie die fachlich interessierte Parteibasis über die Überlegungen und Entscheidungen „derer da oben“ denkt.

Die drei Schwerpunktthemen der Berichtsperiode waren:

- Konsequenzen und mögliche Lösungswege aus der gegenwärtigen Finanzkrise. Hierzu hat der BFA gemeinsam mit dem BFA Finanzen und Steuern einen Parteitagstrag zum Bundeswahlprogramm 2009 ausgearbeitet.
- Antworten auf die Globalisierung, welche durch die Finanzkrise eine nie zuvor da gewesene neue „Qualität“ erreicht hat.
- Energiepolitik, hier insbesondere die zwischen BFA und Fraktion kontrovers diskutierte Frage der Trennung Netze/Kraftwerksbetrieb („unbundling“).

Auch zur Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert legt der BFA dem Bundestag 2009 zwei Anträge vor. Denn der Ausschuss versteht sich – über die Einzelthemen hinaus – traditionell als „Hüter“ der liberalen Ordnungspolitik. Mit Sorge beobachten wir, dass in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise die überwiegende Anzahl der Medien und die meisten Politiker, bis hin zu Teilen der Unionsparteien, das Heil in mehr staatlichem Dirigismus sehen. Gerade jetzt ist die FDP gefordert, zwar auf die neuen Herausforderungen sensible Antworten zu geben, aber die Marktwirtschaft offensiv zu verteidigen.



Glücklich über den Wahlerfolg von 9,8% in NRW
Jürgen W. Möllemann mit Ehefrau



Gründung des FDP-Bürgerfonds in Berlin
Bundesschatzmeister Günther Rexrodt

2000

2001

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



II.1.3. Finanzen und Steuern

Vorsitz: **Hermann Rind**

Der BFA Finanzen und Steuern hat sich am 7./8. März 2008 in Berlin konstituiert. Zu Stellvertretern wurden Matthias Lefarth und Siegfried Pick gewählt.

Er begründete in dieser Sitzung folgende Arbeitsgruppen:

1. AG Verbrauchssteuern/Verfahrensrecht,
Vorsitz: Dr. Volker Wissing und Siegfried Pick
2. AG Föderalismusreform,
Vorsitz: Horst-Jürgen Lahmann
3. AG Kapitalmarktfragen,
Vorsitz: Frank Schäffler
4. AG Öffentliche Haushalte,
Vorsitz: Lorenz Flemming
5. AG Unternehmenssteuern, Vorsitz: Hermann Rind
6. AG Erbschaftsteuerreform,
Vorsitz: Matthias Lefarth

Neben der Begleitung der aktuellen steuerrechtlichen Gesetzgebung waren die Schwerpunkte der Arbeit des BFA:

- Erarbeitung einer FDP-Position zur Föderalismusreform
- Entwicklung einer FDP-Alternative zur Erbschaftsteuerreform der großen Koalition
- Vorbereitung einer fundierten Stellungnahme zur aktuellen Finanzkrise, gemeinsam mit dem BFA Wirtschaft und Arbeit
- Vorarbeiten zu einem Reformkonzept der Umsatzsteuer

In Vorbereitung der Bundestagswahl 2009 wurde das Konzept der „Liberale Reform der direkten Steuern – Berliner Entwurf der FDP“ der Entwicklung der Gesetzgebung angepasst. Die Diskussion hierüber prägte den Bundesparteitag am 31.5.-1.6.08 in München und beendete erfolgreich die konzeptionelle Anpassung für das Jahr 2009.

Unsere Arbeit erfolgte in ständigem engen Kontakt mit der Bundestagsfraktion. Davon zeugt die regelmäßige Teilnahme der Bundestagsabgeordneten Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Volker Wissing, Frank Schäffler und Karl-Ludwig Thiele an den Sitzungen unseres BFA. Wir haben in dieser Amtsperiode drei Sitzungen mit jeweils 40-50 Teilnehmern einschließlich Gästen abgehalten. Die vorbereitenden Arbeiten haben in zahlreichen Sitzungen der Arbeitsgruppen stattgefunden.



Mobil in den Bundestagswahlkampf



Generalsekretärin Cornelia Pieper
im Gespräch mit Gewerkschaftern - Berlin

2002

2003



Guido Westerwelle und Edmund Peter Geisen besuchen die Grüne Woche in Berlin

II.1.4. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Vorsitz: **Hans-Michael Goldmann**

Der Bundesfachausschuss Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz traf sich im Berichtszeitraum zu vier Sitzungen: 7./8.12.2007 in Stuttgart, 28./29.03.2008 in Kiel, 10./11.10.2008 in Daun und 27./28.02.2009 in Düsseldorf.

Ein Arbeitsschwerpunkt des Fachausschusses lag in der Frage, wie die deutschen Bauern faire Wettbewerbsbedingungen erhalten können. Gerade angesichts der heftigen Auseinandersetzungen um die gesunkenen Milchpreise ist diese Frage umso dringlicher. Nach wie vor macht die Milcherzeugung ungefähr die Hälfte des Ertrags der gesamten Landwirt-

schaft aus. Dem Parteitag in Hannover liegt deshalb ein Antrag zum Thema Agrardiesel vor. Denn anstatt der Öffentlichkeit und den Bauern vorzumachen, der Staat könne in irgendeiner Form auf den Milchpreis Einfluss nehmen, muss man dort, wo deutsche Bauern im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn benachteiligt sind, helfen und das ist insbesondere beim Agrardiesel der Fall.

Weitere Schwerpunkte lagen auf den Themengebieten Health-Check und Verbraucherschutz. Zu beiden Themenkomplexen konnten wir uns jeweils mit den Landesministern von Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen austauschen. Nachdem der Bundesfachausschuss bereits zwei Versuche unternommen hat, ein umfassendes Verbraucherschutzpapier auf dem Bundesparteitag behandeln zu lassen, haben wir die Kontakte zu den Verbraucherzentralen



Gemeinsam für Europa
Guido Westerwelle, Horst Köhler, Silvana Koch-Mehrin



Die FDP erreicht bei den Bundestagswahlen 9,8% und zieht mit 61 Abgeordneten in den deutschen Bundestag ein

2004

2005

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei





Der BFA Soziales beschloss ein Papier zum Familienrecht

intensiviert. Auf zwei unserer Sitzungen hatten wir hochrangige Vertreter zu Gast. Hauptthemen unseres Engagements waren Cold-Call und der finanzielle Verbraucherschutz. Dank unseres Einsatzes hat auch die Bundestagsfraktion im April 2009 eine hochkarätige Veranstaltung zum finanziellen Verbraucherschutz durchgeführt. Wir konnten hier dankenswerterweise auf die Expertise unserer Parteifreunde Dr. Gerhard Baum und Dr. Julius Reiter zurückgreifen, die seit vielen Jahren in diesem Bereich anwaltlich tätig sind.

Schließlich arbeiteten wir am Themenfeld Ernährung und Lebensmittelkennzeichnung. Auch hierzu haben wir dem Bundesparteitag einen Antrag vorgelegt und führen nach dem Bundesparteitag mit dem Bürgerfonds eine Veranstaltung zur Ernährungspolitik in Berlin durch.

II.1.5. Soziales

Vorsitzender: **Michael Kauch**
 Stellvertreter: **Gesine Meißner,**
Ralf Grabow

Im Mittelpunkt der Arbeit des Bundesfachausschusses Soziales stand die inhaltliche Zuarbeit zum FDP-Steuer-

erbeschluss auf dem Bundesparteitag 2008 (Bürgergeld-Teil), zum Bundestagswahlprogramm und zum Europawahlprogramm. Hinzu kam die Ausarbeitung von Strategien, diese Inhalte zielgruppengerecht aufzuarbeiten und zu vermitteln. Dabei lag der Schwerpunkt auf den Zielgruppen Frauen, Senioren, Migranten und Menschen mit Behinderung. Ein weiterer Schwerpunkt war die Begleitung der Arbeit der Bundestagsfraktion.

Der Bundesfachausschuss Soziales betreut die Politikfelder der Ministerien für Arbeit und Soziales (ohne Arbeitsmarktpolitik) sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Er konstituierte sich am 3. Februar 2008 in Berlin. Es folgten vier weitere Sitzungen am 13. April 2008 in Berlin, am 7. September 2008 in Erlangen, am 21. und 22. November 2008 in Gummersbach und am 19. April 2009 in Berlin.

Themenspezifische Arbeitsgruppen bereiteten zwischen den BFA-Sitzungen die inhaltliche Arbeit vor. Es tagten die AG Eingliederungshilfe, die AG Diversity, die AG Kinderarmut sowie die AG Pflege und Heimrecht. Hinzu kamen eine AG zur Weiterentwicklung des Familienrechts gemeinsam mit dem BFA Innen und Recht, eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe „Kapitaldeckung und Finanzkrise“ gemeinsam mit dem BFA Finanzen sowie eine AG zur Hartz-IV-Organisationsreform gemeinsam mit dem BFA Wirtschaft und Arbeit.

Als Ergebnis beschloss der Bundesfachausschuss Positionspapiere zur Hartz-IV-Organisationsreform sowie zum Familienrecht. Die Kerninhalte sind jeweils weitgehend in den Entwurf des Bundesvorstandes zum Bundestagswahlprogramm eingeflossen.

Der Bundesvorstand beschloss Ende 2007 die BFA-Anträge zum flexiblen Renteneintritt, zur Kinderpolitik, zu mehr Markt im Sozialmarkt, zur Integrationspolitik sowie zu einer Politik für Vielfalt als Alternative zur bisherigen Antidiskriminierungspolitik.



Dreikönigstreffen in Stuttgart



Plakataktion mit Generalsekretär Dirk Niebel

II.1.6. Gesundheitspolitik

Vorsitz: **Dr. Elisabeth Pott**
Stellvertreter: **Florian Rentsch**

Die Sitzungen des BFA Gesundheitspolitik fanden statt am 12./13. Oktober 2007, 8./9. Februar 2008 (Neukonstitution), 11./12. April 2008, 14./15. November 2008 und 13./14. März 2009.

Die Mitglieder des BFA haben sich in vielfältiger Weise an Kommissionen, Tagungen und Kongressen der Partei oder Fraktion beteiligt. Es wurden Arbeitsgruppen zu den Themen Krankenhausfinanzierung, Strukturen im Gesundheitswesen und Pflege eingesetzt. Im Schwerpunkt wurden folgende gesundheits- und sozialpolitische Themen bearbeitet und teilweise zur Beschlussfassung und Antragsformulierung gebracht:

- Antrag zum 59. BPT 31.Mai/1. Juni 2008: Abschaffung von Gesundheitsfonds und staatlicher Beitragsfestsetzung in der gesetzlichen Krankenversicherung
- Antrag zum 59. BPT 31.Mai/1. Juni 2008: Moratorium für die elektronische Gesundheitskarte

- Prävention: Mitwirkung am Antrag der FDP-Fraktion „Eigenverantwortung und klare Aufgabenteilung als Grundvoraussetzung einer effizienten Präventionsstrategie“
- Sucht- und Drogenpolitik: Erarbeitung des Entwurfs für das inzwischen beschlossene Positionspapier Sucht- und Drogenpolitik der FDP-Bundestagsfraktion
- Systemwechsel in der Gesundheitspolitik: Entwicklung von Positionen, die Eingang in den Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Für ein einfaches, transparentes und leistungsgerechtes Gesundheitswesen“ gefunden haben
- Reformansätze der FDP zur Pflegeversicherung, Pflegeweiterentwicklungsgesetz, Pflegestützpunkte und Pflegeberatung, Pflegebedürftigkeitsbegriff
- Mitwirkung am Bundestagswahlprogramm.

Folgende Anträge wurden von den Bundesparteitag 2007/2008 an den BFA Gesundheitspolitik überwiesen und beraten:

Antrag 15 (2007) „Förderung und Konzentration der Alzheimer-Demenzforschung“: Der Bundesfachaus-



Zurück in Bayern!



Klarer Wahlsieg in Hessen

2008

2009

1948-2008 • 60 Jahre Freie Demokratische Partei



schuss hält die Forderung und Konzentration der Alzheimer-Demenzforschung für ein wichtiges Anliegen der Liberalen Frauen, das voll und ganz geteilt wird. Das Thema wird in der AG Pflege weiterbehandelt. Antrag 49 (2007) „Mehrwertsteuer auf Arzneien senken“: Dieser Antrag wird vom Bundesfachausschuss angenommen.

Antrag 53 (2007) „Apothekenmarkt liberalisieren“: Der Antrag wird abgelehnt. Zunächst soll das Urteil des Europäischen Gerichtshofes abgewartet werden. Antrag 56 (2008) „Wirtschaftliche Zukunft der Krankenhäuser“: Das Thema Weiterentwicklung der Krankenhausversorgung einschl. der Frage nach angemessenen Formen einer zukünftigen Krankenhausfinanzierung, ist Gegenstand längerfristiger Beratungen einer dafür eingesetzten AG Krankenhausfinanzierung im BFA. Dort werden alle Aspekte gebündelt behandelt, weil einzelne Aspekte in unterschiedlichen Modellen ggf. anders beurteilt werden müssen. Der Antrag wurde deshalb nicht gesondert behandelt.

Antrag 59 (2008) „Kostensicherung nach Gewalttaten an Frauen und Mädchen“: Die Kostenerstattung von Maßnahmen zur Beweiserhebung bzw. Beweismittelsicherung ist nach dem Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz geregelt.

II.1.7. Innen und Recht

Vorsitz: **Corinna Werwigk-Hertneck**
Stellvertreter: **Dr. Matthias Schuhenberg**
Dr. Oliver Liersch

Der BFA Innen und Recht tagte seit dem letzten Geschäftsbericht am 9./10. November 2007 in Berlin, am 11./12. April 2008 in Brüssel, am 14./15. November 2008 und am 20./21.03.2009 in Berlin; geplant wird die Herbstsitzung Anfang Dezember 2009 in Berlin. Der BFA hat verschiedene Arbeitsgruppen:

AG „Europa“
AG „Arbeitsrecht“ (mit BFA Wirtschaft und Arbeit)
AG „Wirtschaftsrecht“
AG „Bundespolizei“
AG „Islamismus“
AG „Familienrecht“ (mit BFA Soziales)
AG „Rechtsstaatsexport“.

Der Bundesfachausschuss Innen und Recht hat seine intensive juristische Facharbeit regelmäßig in Frühjahrs- und Herbstsitzungen fortgesetzt. Ziel war und ist es, die aktuellen rechts- und innenpolitischen Themen auf Bundesebene und auch auf europäischer Ebene aufzugreifen, aus liberaler Sicht zu diskutieren und zu Beschlüssen zu führen. Diese fanden Eingang in verschiedene Anträge zu den Bundesparteitagen. Außerdem konnten auch länderübergreifende Fragestellungen innerparteilich geklärt werden.

Der BFA befasste sich mit familienrechtlichen Themen. Neue familienrechtliche Maßnahmen gegen Gefährdungen des Kindeswohls wurden ebenso erörtert wie Beschlüsse zur Stärkung von Adoptionen gefasst. Die FDP fordert eine gerichtliche Entscheidung zur Erlangung des gemeinsamen Sorgerechtes nicht miteinander verheirateter Eltern, wenn die Kindesmutter nicht zustimmt, obwohl das Kindeswohl einer solchen Entscheidung nicht entgegen steht. Und Ehegatten bzw. eingetragene Lebenspartner mit unterschiedlicher EU-Staatsangehörigkeit sollten das anwendbare Recht für ihre Ehe durch notariell zu beurkundenden Ehevertrag wählen können. Die Forderung nach klarer gesetzlicher Regelung für die Patientenverfügung wurde bekräftigt. Vielfältige Fragestellungen zum neuen GmbH-Gesetz (MoMiG) sowie zum Insolvenzrecht und zum erweiterten EU-Privatrecht wurden geklärt.

Rechtsdogmatisch umstritten blieb in einer interessanten Diskussion die berechnete Forderung



nach einer Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung, zumal in praxi längst nicht alle bereits beschlossenen Programme umgesetzt werden.

Die innenpolitische Diskussion und Beschlussfassung war geprägt von liberalen Vorstellungen neu zu ordnender Sicherheitsarchitektur, zur Vorratsdatenspeicherung, zu Online-Durchsuchungen und der „Quellen-TÜV“, ebenso wie zur EU-Fluggastdatenspeicherung und biometrischen Daten. Das deutsche Recht ist aus liberaler Sicht ein Exportartikel, dessen weitere Verbreitung mit Ideen aus einer neuen Arbeitsgruppe unterstützt werden soll. Auch fand eine bislang sehr kontrovers geführte Erörterung der neuen Juristenausbildung im Bologna-Prozess statt, die im Herbst durch eine Veranstaltung vertieft werden soll.

Das FDP Bundestagswahlprogramm 2009 wurde mit aktiver Zuarbeit des BFA an die Programmkommission entworfen. Allen Aktiven sei herzlich Dank gesagt.

II.1.8. Bildung , Wissenschaft, Forschung und Technologie

Vorsitz: **Ulrike Flach**

Stellvertreter: **Patrick Meinhardt**
Sebastian Wolters

Der Bundesfachausschuss führte im Berichtszeitraum vier Sitzungen durch (17. November 2007, 12. April 2008, 29. November 2008 und 7. März 2009). Alle Sitzungen fanden in Berlin statt. Zusätzlich wurde, gemeinsam mit der Berliner Abgeordnetenhaus-Fraktion, eine Anhörung zum Thema „Durchlässigkeit des Bildungssystems“ durchgeführt. Die Fachleute bescheinigten dem deutschen Bildungssystem eine mangelhafte Durchlässigkeit, vor allem für „Aufsteiger“.

Am 17. November 2007 konstituierte sich der BFA neu. Als Vorsitzende war erneut Ulrike Flach benannt worden. Patrick Meinhardt und Sebastian Wolters wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Zu Vorsitzenden der Unterausschüsse wurden gewählt: Mieke Senftleben (Schule), Dr. Christiane Gaehtgens



(Hochschule) und Sabine Groth (Forschung). Weiterhin wurden zehn Experten als Mitglieder kooptiert, die verschiedene Verbände, Forschungsrichtungen oder Fachbereiche repräsentieren.

Themenschwerpunkt am 12. April 2008 war die Erarbeitung von Änderungsanträgen zum Leitantrag zum Bundesparteitag, sowie die Berichte aus den Unterausschüssen.

Die Sitzungen am 29. November 2008 und 7. März 2009 waren dominiert von der Arbeit am Deutschlandprogramm der Bundespartei, die sehr intensiv durchgeführt wurde. Durch die Einbindung von Ulrike Flach, Mieke Senftleben und Nicola Beer in die Programmkommission konnten zahlreiche Anregungen des BFA frühzeitig ins Programm eingebracht werden.

Die Unterausschüsse tagten regelmäßig und arbeiteten dem BFA zu. Der BFA erarbeitete insgesamt acht Anträge zum Bundesparteitag, die Mitarbeit am Deutschlandprogramm nicht mitgerechnet.

Als sehr hilfreich erwies sich die regelmäßige Teilnahme von Staatssekretär Dr. Michael Stückradt, der praktische Regierungspolitik aus NRW vermitteln konnte und viele nützliche Anregungen gab. Mit der Wahl der BFA-Mitglieder Dorothea Henzler zur Kultusministerin und Nicola Beer zur Staatssekretärin im Justizministerium in Hessen konnten weitere engagierte Mitglieder des Bundesfachausschusses Regierungsverantwortung übernehmen.

II.1.9. Umwelt

Vorsitzender: **Horst Meierhofer**
 Stellvertreter: **Claus-Peter Appel**
Hartmut Stiller

Der Bundesfachausschuss Umwelt hat in den letzten beiden Jahren eine Vielzahl von Aktivitäten geleistet:

30.11./01.12.2007, Berlin

Konstituierung, Zuwahl der Sachverständigen und Neuausrichtung der Arbeitsgruppen: Wir wollten nicht Arbeitsgruppen in verschiedene Interessensbereiche aufteilen, sondern in unterschiedliche Kompetenzbereiche. Dies sollte dazu dienen, das jeweils gleiche Thema aus unterschiedlichen Perspektiven anzugehen. So schufen wir die AGs Naturwissenschaften, Recht, Ökonomie und EU/Länder.

11./12.04.2008, Berlin

Thema Biodiversität (im Vorlauf der UNO-Biodiversitätskonferenz in Bonn): Gastreferat des Vertreters vom NGO-Netzwerk „Biologische Vielfalt“, der an den Verhandlungen teilnahm. Aus diesen und anderen Informationen entwickelten wir einen Antrag zum Bundestag der FDP, der darüber hinaus auch in die Bundestagsfraktion eingespeist wurde.

20./21.06.2008, Berlin

Themen Internalisierung externer Effekte im Verkehr und Elektromobilität: Gemeinsame Sitzung mit Vertre-

tern des BFAs Verkehr und Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, sowie Gastreferate zur Elektromobilität von Vertretern der Robert Bosch GmbH zum Thema Speicherbarkeit & Batterien, der Volkswagen AG zum Thema Modellpolitik und der RWE AG zum Thema Stromnetze und Versorgungsoptionen. Daraus entstand ein Antrag, den die Bundestagsfraktion als Grundlage zweier Anträge übernahm und auch auf der Fraktionsklausur in Wiesbaden zum Thema machte.

12.09.2008, Biblis

Eine große Gruppe des BFAs besuchte auf Einladung unseres Mitglieds Bernhard von Rothkirch das Kernkraftwerk Biblis. Neben einer Werksführung gab es auch ausführlich Gelegenheit zur Diskussion.

14./15.11.2008, Berlin

Thema Bundestagswahlprogramm der FDP: Bei diesem dritten BFA-Treffen erarbeiteten wir Änderungsanträge zum Bundestagswahlprogramm. Diese wurden zum Teil in der Antragskommission angenommen, zum Teil werden sie auf dem Bundestag in Hannover eingebracht. Beim gemeinsamen Abendessen hatten wir den Geschäftsführer der Agentur für erneuerbare Energien als Dinner-Speaker und konnten im Anschluss lebhaft diskutieren.

20./21.02.2009, Brüssel

Thema Europa: Zu Gast in Brüssel konnten wir auf Einladung von Holger Kraemer und Claus-Peter Appel im Europäischen Parlament und in der Hessischen Landesvertretung tagen. Gastreferate und Diskussionen mit einem Vertreter der Deutschen Vertretung bei der Europäischen Union in Brüssel, dem Leiter der Hessischen Landesvertretung und dem Vertreter des Verbandes Chemischer Industrie (VCI).

Mai 2009, Gorleben:

Im Mai besuchte eine Gruppe des BFAs das Forschungsatomendlager in Gorleben (Niedersachsen). Die Organisation bereitete dankenswerterweise unser BFA-Mitglied Frau von Below-Neufeldt vor.



Der BFA Umwelt besuchte das Kernkraftwerk Biblis.

II.1.10. Wohnungswesen

Vorsitz: **Patrick Döring**

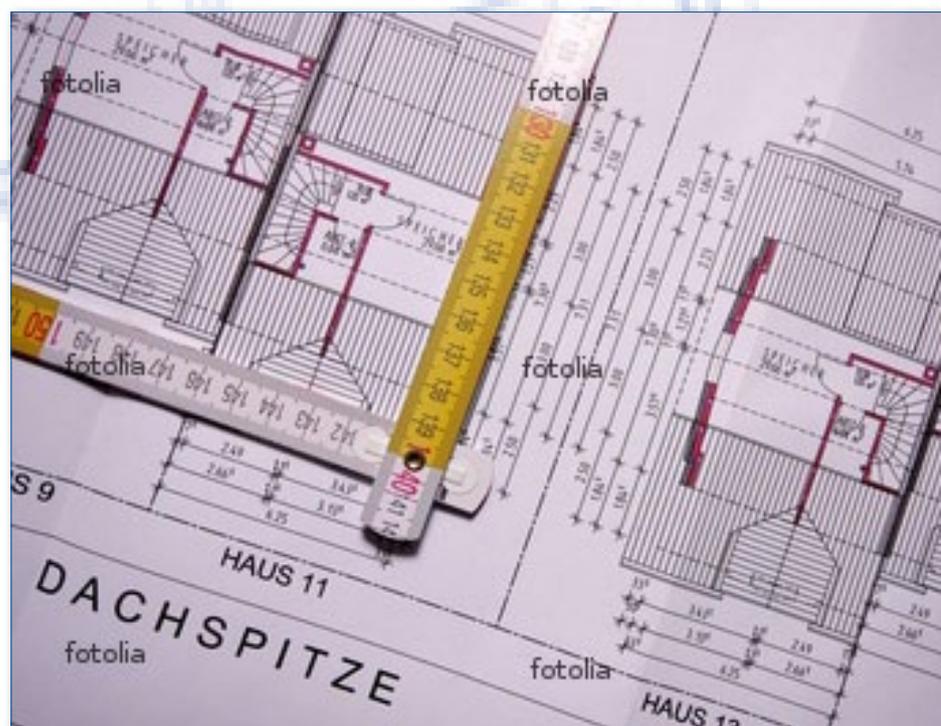
Stellvertreter: **Wolfgang E. Züll,**
Torsten Hilbrich

Der Bundesfachausschuss Wohnungswesen konstituierte sich auf seiner ersten Sitzung in Düsseldorf am 7. und 8. März 2008. Zu Stellvertretern des Vorsitzenden Patrick Döring wurden Wolfgang E. Züll und Torsten Hilbrich gewählt. Der Ausschuss tagte außerdem am 27. und 28. Juni 2008 in Berlin, am 10. und 11. Oktober 2008 in Hannover sowie am 6. und 7. Februar 2009 erneut in Berlin. Seiner Aufgabe entsprechend befasste der Bundesfachausschuss sich in diesem Zeitraum mit verschiedenen Fragestellungen, vorwiegend aus dem Gebiet der Stadtentwicklung, dem Planungs-, Bau- und Mietrecht.

Bereits auf seiner ersten Sitzung verabschiedete der Ausschuss einen Antrag zum 59. Bundesparteitag der FDP in München. In diesem Zusammenhang wurde auch die Zukunft des vertraglichen Städtebaus nach den einschlägigen Urteilen des Oberlandesgerichts Düsseldorf diskutiert. In Berlin wurde die Weiterentwicklung der Stadtumbauprogramme des Bundes beraten. Die Entwicklung der Innenstädte und die Frage nach der Einkaufs- und Lebensqualität deutscher Kommunen bildete auch einen Schwerpunkt der Sitzung in Hannover.

Ebenfalls zum Parteitag in München hat der BFA einen Antrag vorgelegt, der sich mit dem Komplex der energetischen Gebäudesanierung befasste. In diesem Zusammenhang hat der Ausschuss insbesondere auch Zwangsmaßnahmen – wie etwa das Verbot von Nachtspeicherheizungen – behandelt und eine Reform des Mietrechts eingefordert, um eine klima- und umweltfreundliche Gebäudesanierung zu erleichtern.

Im Bereich des Bau- und Planungsrechts hat der Bundesfachausschuss sich mit der Novellierung des Raumordnungsge-



setzes auseinandergesetzt und die Änderung der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) begleitet. Intensiv befasst sich der Fachausschuss außerdem mit der Vereinheitlichung des bestehenden Bauordnungsrechts, der Beschleunigung von Planungsvorhaben durch die Schaffung einer so genannten Genehmigungsfiktion im Baugesetzbuch und der Erleichterung der Einrichtung von Kindertagesstätten durch eine Änderung der Baunutzungsverordnung. Zu den letztgenannten Themen hat der Ausschuss dem 60. Bundesparteitag der FDP in Hannover jeweils Anträge vorgelegt.

II.1.11. Verkehrspolitik

Vorsitz: **Dr. Tom Reinhold**
 Stellvertreter: **Norbert Just, Dr. Lothar A. Kaufmann, Prof. Dr. Rolf Stuchtey**

Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat im Berichtszeitraum fünf Sitzungen durchgeführt:

13./14. April 2007 in Duisburg:

Hauptthemen: Zukunft der Binnenschifffahrt am Beispiel Duisburger Hafen, Schifffahrt im Rahmen europäischer Verkehrspolitik, die Bedeutung der Schifffahrt für Industrie und Handel und Chancen für Wirtschaft und Politik, Internalisierung externer Effekte, Planungsbeschleunigung, Bundesinfrastrukturgesellschaft.

26./27. Oktober 2007 in Berlin:

Hauptthemen: Gespräch mit dem Generalsekretär der FDP Dirk Niebel zu zukünftigen Schwerpunkten der BFA-Tätigkeit; Vorstellung my.FDP durch Helmut Metzner, Lokführerstreik DB, Flughafekonzept, Privatisierung Deutsche Flugsicherung, Nachtflugverbot, Bundesinfrastrukturgesellschaft, Privatisierung im ÖPNV, Barrierefreiheit.

14./15. März 2008 in Frankfurt:

Hauptthemen: Flughafenbesichtigung Frankfurt/FRAPORT AG und Erläuterung Ausbavorhaben, Verkehrsinfrastruktur, Parksituation LKW, Verkehrssicherheit, Internalisierung externer Effekte und Klimaschutz.

26./27. September 2008 in Berlin:

Hauptthemen: Güterverkehr und Logistik, Börsengang DB, Gespräch mit Vertretern von Transnet, Wettbe-

werb im ÖPNV, Klimaschutz, Binnenschifffahrt, Meeresspolitik, Fluglärm.

6./7. März 2009 in Pforzheim:

Hauptthemen: Besichtigung Betriebsgelände SVP Stadtverkehr Pforzheim GmbH & Co. KG/Veolia-Verkehr-Gruppe, inkl. Erläuterung Privatisierungsmodell Pforzheim mit OB Christel Augenstein, Logistik, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV), Sozialstandards im SPNV, Verkehrsinfrastruktur, Europawahl.

Neben den oben genannten Hauptthemen bildete in allen Sitzungen des BFA der Bericht aus der Bundestagsfraktion durch Horst Friedrich bzw. Patrick Döring einen weiteren Diskussionsschwerpunkt.

In einer gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem BFA Umwelt wurden vor allem Aspekte zur Internalisierung externer Kosten sowie zu energiesparenden Antriebstechnologien erörtert. Der Bundesfachausschuss Verkehrspolitik hat zur besseren Strukturierung seiner Facharbeit mehrere Arbeitsgruppen gebildet. Im Berichtszeitraum waren folgende Arbeitsgruppen besonders aktiv:

AG ÖPNV, AG Logistik, AG Europawahl, AG Kommunikationskonzept, AG Luftverkehr, AG Schifffahrt, AG Planungsbeschleunigung, AG Infrastrukturgesellschaft, AG Internalisierung externer Effekte, AG Klimaschutz

Mobilität ist ein Grundbedürfnis von Menschen und Voraussetzung für individuelle Lebensqualität und Wirtschaftswachstum. Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein zentraler Standortfaktor für eine wettbewerbsfähige deutsche Volkswirtschaft und damit Voraus-

setzung für Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Bundesfachausschuss Verkehr der FDP lehnt Gängelei der Bürger bei der Wahl des Verkehrsmittels ab und tritt für faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern ein. Wir setzen uns dafür ein, dass ausreichende Mittel und ein geeignetes Finanzierungssystem zum Erhalt und Ausbau der Infrastruktur zur Verfügung stehen.



► II.2. Kommissionen

II.2.1. Zukunftsforum Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden

Vorsitz: **Dirk Niebel**

Nach- und vor allem Vordenken jenseits ausgefahrener Gleise und ohne die Zwänge tagespolitischer Erwägungen – das war das Anliegen des Zukunftsforums „Deutschland 2020 – die Welt, in der wir leben werden“, das von November 2006 bis November 2008 unter der Leitung des Generalsekretärs Dirk Niebel Top-Experten aus allen gesellschaftlichen Bereichen vereinte.

Wie wird – wie soll – unsere Welt im Jahr 2020 aussehen? In insgesamt acht Sitzungen diskutierten die Mitglieder des Forums, zu denen u. a. Mathias Bucksteeg, Direktor der „Prognos“ AG, Dr. Hergard Rohwedder, die Gründerin des „Liberalen Netzwerkes“, Prof. Dr. Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstitutes, Focus-Chefredakteur Helmut Markwort, Prof. Dr. Beatrice di Mauro, Mitglied des Sachverständigenrates, und der Abtprimas des Benediktinerordens Dr. Notker Wolf OSB gehörten. Die Forumsmitglieder setzten sich in den insgesamt acht Beratungen des Gremiums neben so entscheidenden Fragen wie der Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme unter dem Aspekt einer tragfähigen Generationengerechtigkeit und der Gestaltung eines modernen und international wettbewerbsfähigen Bildungssystems auch mit politisch-ethischen Themen auseinander. Dieser im politischen Alltagsgeschäft häufig vernachlässigte Bereich bildete auch den Schwerpunkt der öffentlichen Veranstaltungen des Forums in Berlin.

Am 26. April 2007 diskutierte ein hochkarätig besetztes Podium, dem u. a. der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland Ayyub Axel Köhler, die Hamburger Publizistin Bettina Röhl, Cornelia Schmalz-Jacobsen, ehemalige Generalsekretärin der FDP, und der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Florian Toncar angehörten. Nach einem Impulsreferat von Abtprimas Dr. Notker Wolf unter dem Titel „Moral auf Befehl? Der Bürger im Fadenkreuz der Political Correctness“ wurde u. a. die Frage erörtert, ob „PC“ tatsächlich mittels der Sprachnormierung humanes Denken befördern kann oder bei weiterer „Auswucherung“ zu einer Gefahr für unsere Demokratie wird.

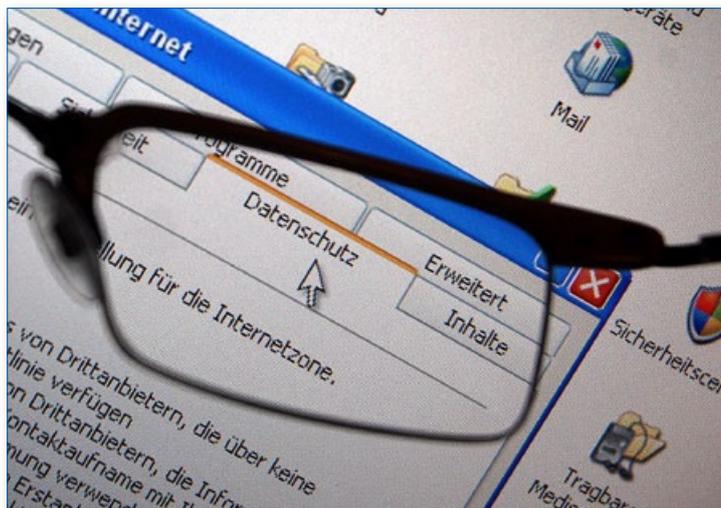
Die Hand am Puls der Zeit hatte das Forum auch bei der zweiten öffentlichen Veranstaltung, die am 14. November 2007 stattfand. „Humanes Management – Sozialromantik oder Erfolgsfaktor“. Dazu referierte der Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft e.V. Mario Ohoven. Das mit dem Managementexperten Michael Berndt, Mathias Bucksteeg von der Initiative „Werte Bewusste Führung“ e.V., Isabell C. Krone, Director Human Resources, dem Vorstandsvorsitzenden der MLP AG, Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, und Abtprimas Dr. Notker Wolf gleichermaßen vielseitig wie sachkundig besetzte Podium widmete sich brennend aktuellen Fragen: Wie vertragen sich Gewinnorientierung und -maximierung mit humanem Management? Werden Begriffe wie Unternehmenskultur, Verantwortung, ethische und moralische Verpflichtung des Führungspersonals zunehmend zu Relikten einer vergangenen Zeit oder steigt

Dr. Notker Wolf und Dirk Niebel im Gespräch beim Zukunftskongress der FDP.



ihre Bedeutung nicht vielmehr im Zeitalter der Globalisierung?

Den Abschluss der Arbeit des Zukunftsforums bildete der Kongress „Horizonte“ am 17. November 2008 in Berlin. Nach einem vielbeachteten Eingangsreferat von Prof. Dr. Horst W. Opaschowski, Wissenschaftlicher Leiter der BAT Stiftung für Zukunftsfragen, diskutierte der Kongress in drei top-besetzten Panels die Themen Bildungspolitik, Facetten des Alltagslebens in Zukunft und Fragen der künftigen Werteentwicklung. Umrahmt wurde der Kongress von Auftritten des Internet-Teeny-Stars Mina.



Engagierte Akteure des vielseitigen und spannenden Tages waren neben dem Generalsekretär Dirk Niebel, Daniel Bahr, der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, der Philosoph Prof. Dr. Volker Gerhardt, Prof. Dr. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, die stellvertretende Vorsitzende der ALDE-Fraktion im EP, Dr. Silvana Koch-Mehrin, der Publizist Roland Kohn, Patrick Meinhardt, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, die stellvertretende Bundesvorsitzende Cornelia Pieper, der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Ulrich Schneider, Prof. Dr. Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin, und Dr. Notker Wolf, Abtprimas des Benediktinerordens. Den Reigen der hochkarätigen Experten vervollständigten der Vorstand New Media und Diversifikation ProSiebenSat.1 Group, Dr. Marcus Englert, der Leiter des Instituts für Mobilitätsforschung, Dr. Walter Hell und der Geschäftsführende Teilhaber eGamesMedia, Jan Syré.

Aufsätze der Mitglieder des Zukunftsforums und weiterer Teilnehmer des Kongresses „Horizonte“ wird der Generalsekretär in einem Sammelband veröffentlichten, der demnächst ebenfalls unter dem Titel „Horizonte“ erscheinen wird.

II.2.2. Kommission für Internet und Medien

Vorsitz: **Hans-Joachim Otto**
Stellvertreter: **Antje-Karin Pieper,**
Dr. Martin Lindner

Die FDP-Kommission für Internet und Medien vereint hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Ver-

bänden und Wissenschaft zur Diskussion über aktuelle medienpolitisch relevante Themen. Dabei ist sie bestrebt, die relevanten Problemkomplexe pragmatisch zu analysieren und Lösungsvorschläge für die politische Praxis herauszuarbeiten. Sie unterstützt dabei die politische Willensbildung der FDP zu allen bedeutsamen medien- und internetpolitischen Fragen.

Dem Vorsitzenden der Kommission, Hans-Joachim Otto, stehen neben den offiziell benannten Mitgliedern aus den FDP-Landesverbänden, der Auslandsgruppe Europa und den Jungen Liberalen zwei Stellvertreter sowie neun zugewählte unabhängige Experten zur Seite. Schließlich verfügt die Kommission über eine große Anzahl ständiger Gäste und externer Fachleute aus einschlägigen Branchen.

Stellvertretende Vorsitzende sind Antje-Karin Pieper, Medienrätin (Medienanstalt Berlin-Brandenburg), und Dr. Martin Lindner, bis April 2009 Vorsitzender der Abgeordnetenhausfraktion von Berlin. Zu unabhängigen Experten wurden gewählt:

Dorotheé Belz, Director Legal Affairs, Microsoft Deutschland, Marco Bergmann, Geschäftsführer, Aegis Media, Dr. Hermann Eicher, Justitiar des Südwestrundfunks (SWR), Wolfgang Fürstner, Geschäftsführer Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ), Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Juristische Fakultät der Universität Rostock, Dr. Hans Hege, Direktor der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB), Dr. Wolf Osthaus, Leiter Government Relations, ebay GmbH, Ulrike Seiler-Kapferer, Medusa Medienagentur, und Georgia Tornow, bis 2008 Generalsekretärin, film20.

In der ablaufenden Wahlperiode wurden drei Sitzungen abgehalten, eine vierte findet im Juni 2009 statt. Schwerpunktthemen der ersten Sitzung (in Karlsruhe) waren die Präzisierung des öffentlich-recht-

lichen Rundfunkauftrages und die aktuellen Reformen im Bereich des Urheberrechts.

Bei der zweiten Sitzung (in Berlin) standen unter anderem die Reform des Filmfördergesetzes (FFG) und die damit verbundenen Möglichkeiten zur schnelleren und effektiveren Digitalisierung des Kinos sowie die kritische Auseinandersetzung mit Werbung und Sponsoring im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Kooperationen zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Medienangeboten auf der Tagesordnung.

Die dritte Sitzung (in Bonn) beschäftigte sich vor allem mit den zahlreichen Gefahren für die Presse- und Medienvielfalt und möglichem gesetzgeberischen Handlungsbedarf in diesem Zusammenhang sowie mit dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und dessen Auswirkungen auf das duale Rundfunksystem und die Medienordnung insgesamt.

Für die vierte Sitzung ist erneut geplant eine schwerpunktmäßige Befassung mit den anstehenden Reformen des Medienkonzentrations- und Pressekartellrechts sowie mit den Anforderungen an den 13. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der neben konzentrationsrechtlichen Fragen auch die Umsetzung der EU-Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste beinhaltet.

Neben den angesprochenen Themen wurden regelmäßig Fragestellungen aus den Themenbereichen Regulierung im Telekommunikationssektor, politische Rahmenbedingungen für das Internet-Zeitalter, Jugendmedienschutz, Werberegulierung und -verbote, Frequenzvergabe bzw. „Digitale Dividende“ sowie Reform der Deutschen Welle besprochen.

Die Kommission arbeitete effektiv und für ihre Mitglieder attraktiv, was sich auch an der regen Teilnahme an den Sitzungen (im Schnitt 60 Teilnehmer) zeigte. Diverse parlamentarische Anträge und weitere Initiativen, programmatische Konzepte sowie pressewirksame Maßnahmen wurden mit Hilfe der Kommissionsmitglieder erarbeitet.

II.2.3. Sportkommission

Vorsitz: **Detlef Parr**

Die FDP-Sportkommission traf im November 2007 in Tauberbischofsheim, im April 2008 in Brandenburg an

der Havel, im November 2008 in Göttingen und das vierte Mal im Mai 2009 in Berlin zusammen.

Die 2008 in Peking stattgefundenen Olympischen Sommerspiele waren bereits im Vorfeld Gegenstand heftiger Diskussionen. In den Deutschen Medien war gar die Rede von einem Boykott.

Innerhalb der Sportkommission wurde über Menschenrechte, Umwelt aber auch Gigantismus der Spiele, auch unter persönlicher Beteiligung des Präsidenten des DOSB und des IOC-Vizepräsidenten, Dr. Thomas Bach, debattiert. Bei allen bedenklichen Entwicklungen bleibt die FDP bei ihrem Bekenntnis zum Hochleistungssport und der Bedeutung der Autonomie des Sports.

Nicht nur während der Paralympics muss der Fokus der Medien auf den Sport für Menschen mit Behinderungen liegen. Die Sportkommission hat sich mit dieser Thematik mehrfach befasst. So wurde auch die Bedeutung von Special Olympics in Deutschland thematisiert. Hier leistet der Sport einen wesentlichen Beitrag zur Integration. Die Sportkommission wird



Detlef Parr und IOC-Vizepräsident Dr. Thomas Bach



Die Sportkommission besuchte TML working solutions

sich künftig noch mehr für den Sport für Menschen mit Behinderungen einsetzen.

Wohlwollend hat die Sportkommission die deutsche Kandidatur für eine Universiade in Hamburg begleitet. Leider ist sie an politischen Konflikten innerhalb der Hamburger Bürgerschaft gescheitert. Die Sportkommission wird sich weiterhin für die Ausrichtung von Sportgroßveranstaltungen in Deutschland stark machen. Die nächste Herausforderung wird die Bewerbung Münchens für die Austragung der Winterspiele 2018 sein.



Die Frauenkirche in München

Die Sportkommission beschäftigte sich auch mit der grundlegenden Frage der Bedeutung des Sports für die Gesellschaft. Es fiel die Entscheidung, sich für die Aufnahme des Staatszieles Sport ins Grundgesetz auszusprechen. Die FDP-Bundestagsfraktion hat auf Initiative der Sportkommission einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorbereitet. Der BFA wird sich dafür einsetzen, dass die FDP im Programm zur Bundestagswahl 2009 die Aufnahme des Sports im Grundgesetz unterstützt.

Sport und Wirtschaft verbindet eine unverzichtbare Partnerschaft. Ohne die vielseitige Unterstützung von Unternehmen, beispielsweise durch Sponsoring, könnte der Sport vielerorts erst gar nicht existieren – sowohl in der Breite als auch in der Spitze. Mit Sorge hat die Sportkommission die wachsenden staatlichen Regulierungsrufe in Deutschland zur Kenntnis genommen. Sie spricht sich dezidiert gegen eine weitere Ausuferung der Verbotspolitik aus. Werbe- und Sponsoringmaßnahmen dürfen über den bestehenden gesetzlichen Rahmen hinaus nicht eingeschränkt werden.

II.2.4. Kirchenkommission

Vorsitzender: **Pfarrer/Dipl.-Volkswirt
Dieter Kleinmann**

Die Kirchenkommission setzt sich zusammen aus 16 Vertreterinnen und Vertretern der jeweiligen Landesverbände, die von diesen benannt werden, dem Vorsitzenden, der vom Bundesvorstand bestimmt wird und bis zu acht weiteren Mitgliedern, die von der Kirchenkommission hinzu gewählt werden.

In der Kirchenkommission vertreten sind Mitglieder der Partei christlichen, jüdischen und muslimischen Glaubens sowie Persönlichkeiten, die anderen Religionsgemeinschaften bzw. Kirchen angehören.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Hans-Michael Goldmann, Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der FDP-Bundestagsfraktion, und Bundesminister der Justiz a. D. Professor Dr. Edzard Schmidt-Jortzig.

Schwerpunkte der Arbeit waren:

Kirchentag in Köln

Die Kirchenkommission war auf dem 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 6. bis 10. Juni 2007 in Köln mit einem Stand auf dem „Markt der Möglichkeiten“ vertreten. Beteiligt waren außerdem die Liberalen Senioren, die Liberalen Frauen, die Jungen Liberalen und der Liberale Mittelstand.

Libérale Leitlinien zum Verhältnis von Staat, Kirchen und Religionsgemeinschaften

Die Kirchenkommission hat sich 2007 sehr intensiv mit Fragen des Verhältnisses von Staat und Kirchen/Religionsgemeinschaften auseinander gesetzt. Dabei ging es vor allem auch um die Einbindung muslimischer Glaubensrichtungen, die bekanntlich keine einheitliche oder gar hierarchisch gegliederte Ordnung kennen, in die staatlichen Beziehungen zu kirchlichen bzw. religiösen Gemeinschaften. Ein entsprechender Antrag, der die Leitlinien zum Inhalt hatte, wurde beim Bundesparteitag in Stuttgart eingebracht, jedoch aus zeitlichen Gründen dort nicht behandelt und an den Bundesvorstand verwiesen. Dieser hat auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 die Leitlinien beschlossen.

Präambel und Leitlinien bildeten auch die Grundlage für den Abschnitt „Kirchen und Religionsgemeinschaften“ im Wahlprogramm für die Bundestagswahl am 27. September 2009.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte die Kommission mit dem Thema „Das Judentum in Berlin“. Besucht wurden, verbunden mit einer Führung mit einem jüdischen Historiker, das Jüdische Museum und ein Sabbat-Eröffnungsgottesdienst mit Rabbiner Professor Dr. Andreas Nachama. Da wegen des Laubhüttenfestes viele Gemeindeglieder an diesem Gottesdienst teilnahmen, gab es reichlich Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen – gerade auch über die besondere Situation des Judentums in Berlin.

Das Thema Abgeltungssteuer bei Kapitalerträgen in Zusammenhang mit der Kirchensteuer, die Vorbereitung des Kirchentags in Bremen vom 20. bis 24. Mai 2009, die Mitwirkung der Kommission an der Europa- und Bundestagswahl und die Vorstellung des neuen Vereins „Christliche Liberale – Christen bei den Freien Demokraten in Baden-Württemberg e.V.“ rundeten die Programmarbeit ab.

II.2.5. Kommission Freiheit und Ethik

Vorsitz: **Alexander Pokorny**
Stellvertreter: **Christine Siegert-Anders,**
Thomas Seerig

In der konstituierenden Sitzung im April 2008 in Potsdam wurden zu gleichberechtigten stellvertretenden Vorsitzenden Christine Siegert-Anders (LV Niedersachsen) und Thomas Seerig (LV Berlin) gewählt. Inhaltlich beschäftigten wir uns mit der Frage: „Gibt es einen europäischen Patriotismus?“, basierend auf einem Vortrag von Dr. Jorgo Chatzimarkakis.

Schwerpunkt unserer Arbeit war die Zuarbeit zum Bundestagswahlprogramm, das sich dankenswerterweise primär an liberalen Werten und nicht primär an möglichen Zielgruppen orientieren wird.

So formulierten wir auf unserer Sitzung im Juni 2008 in Potsdam Textbausteine zu den Themen „Kindeswohl und Elternrecht“ sowie „Bildungspolitik als praktische Sozialpolitik“. Dürfen Staat oder Gesellschaft im Interesse und zum Wohl des Kindes Elternrecht und



-wollen begrenzen? Wenn ja, wie weit? Was können Liberale dazu beitragen, dass Bildung nicht zu stark unter den Gesichtspunkten ökonomischer Verwertbarkeit betrachtet wird?

Im Oktober 2008 in Hannover befassten wir uns mit wirtschaftsethisch relevanten Fragen. Neben der Diskussion über ethische Aspekte der Globalisierung (Referent: Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué) stand auch hier die Zuarbeit zum Deutschlandprogramm im Vordergrund. Das Ergebnis in Kürze: Wirtschaftlichkeit und Gerechtigkeit schließen einander nicht aus. Wir brauchen einen handlungsfähigen und kompetenten Staat, der faire Startbedingungen schafft und dabei die Menschen nicht bevormundet, und wir brauchen selbstbewusste Bürger, die sich im Rahmen bürgergesellschaftlichen Engagements für Schwache und Hilfsbedürftige einsetzen.

Unternehmer tragen nicht nur Verantwortung gegenüber den Anteilseignern, sondern auch gegenüber Mitarbeitern, Lieferanten und Kunden. Deshalb sind sie aufgefordert, auch die langfristigen Folgen ihres Handelns für den Standort, für die Umwelt, für Beschäftigte und Verbraucher zu beachten.

Im Übrigen freuen wir uns sehr über den weit verbreiteten Wunsch, tiefer und intensiver über grundsätzliche und perspektivische Fragen des Liberalismus zu diskutieren. Wir regen an, diese interdisziplinäre Arbeit zwischen den einzelnen Landesverbänden untereinander und mit der Kommission noch besser zu vernetzen.

II.2.6. Transatlantisches Forum

Vorsitz: **Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos**

Auf Anregung des FDP-Bundes- und -Fraktionsvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle und des früheren FDP-Bundes- und Fraktionsvorsitzenden Dr. Wolfgang Gerhardt wurde Anfang 2005 das Transatlantische Forum gegründet. Der Bundesvorstand der FDP benannte Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos, Unternehmerin und Honorarprofessorin für US-Außenpolitik an



S.E. Botschafter Richard C. Holbrooke, Prof. Dr. Margarita Mathiopoulos und Dr. Guido Westerwelle

der Universität Potsdam, zur Vorsitzenden des Transatlantischen Forums, die von 2002 bis 2005 auch den Bundesfachausschuss für Internationale Politik leitete.

Ziel des Transatlantischen Forums der FDP ist es, den Dialog zwischen Europa und den USA zu fördern und neue gemeinsame Handlungsspielräume der transatlantischen Partnerschaft auszuloten, die im Zeitalter globaler Herausforderungen für die transatlantische Agenda relevant sind. Die Welt von heute mit neuen Problemen der Internationalen Sicherheit, einer kulturellen und ökonomischen Globalisierung, des Klimawandels und der zunehmenden Energie- und Wasserknappheit kommt nicht ohne transatlantische Partnerschaft aus, da sich kaum eine strategische Herausforderung ohne Kooperation lösen lässt.

In loser Folge diskutieren die Forumsteilnehmer seit Anfang 2005 diese Herausforderungen mit internationalen Spitzenvertretern aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Wir freuen uns, demnächst u. a. The Honorable Bob Zoellick, Präsident der Weltbank; Dr. Anne-Marie Slaughter, Leiterin des Planungsstabs, US State Department; HRH Prinz Majlis El Hassan, Prinz des Haschimitischen Königreichs von Jordanien; Dominique Strauss-Kahn, Direktor des IWF und ehemaliger Finanzminister Frankreichs; Senator Jon Kyl (R); Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank; den Gouverneur von New Mexico Bill Richardson (D); General (ret.) Wesley Clark; Dr. John J. Hamre, Präsident CSIS und Mark Hurd, CEO Hewlett Packard, begrüßen zu dürfen.

Bisherige Redner waren: Dr. Kim Holmes, ehemaliger Assistant Secretary for International Organizations, US State Department; Bill Drozdiak, Präsident des American Council on Germany, New York; Dr. Dennis Bark, Senior Fellow, Hoover Institution on War (Stanford University); Botschafter John R. Bolton, ehemaliger US-Botschafter bei den Vereinten Nationen; Botschafter Richard C. Holbrooke, ehemaliger US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, Präsident der American Academy Berlin und heute US-Sonderbeauftragter für Afghanistan und Pakistan; Botschafter William R. Timken, ehemaliger US-Botschafter in Deutschland; Botschafter Frank Lavin, ehemaliger US-Vize-Handelsminister; Botschafter Vladimir V. Kotenev, Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland; Professor Dr. Christian Hacke, ehemaliger Direktor des Seminars für Politikwissenschaften, Universität Bonn, Thomas Kleine-Brockhoff, Senior Director of Policy Programs, The German Marshall Fund, und Serge Schmemmann, op-ed-page-editor, International Herald Tribune.

Sie sprachen zu folgenden Themen: Dr. Kim Holmes: "The Reform Process of the United Nations from an American Perspective"; Bill Drozdiak: "Red States - Blue States: The Polarization of American Politics"; Dr. Dennis L. Bark: „Europe and America: Are we dancing in the Dark?"; Botschafter John Bolton: „The United States and the United Nations - The Way ahead"; Botschafter Richard C. Holbrooke: „Europe's and America's Role in a New World Order"; Botschafter William R. Timken: „The new German-American Agenda"; Botschafter Frank Lavin: „The Importance of US-German Economic Relations in a Global Context"; Botschafter Vladimir V. Kotenev: „US-Ballistic Missile Defense aus russischer Sicht"; Panel-Diskussion: Serge Schmemmann, Prof. Dr. Christian Hacke, Thomas Kleine-Brockhoff: „Welche Erwartungen haben wir an die Transatlantische Agenda des nächsten Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika?"

Das Transatlantische Forum der FDP erfreut sich umfangreicher Unterstützung aus der Wirtschaft.

► II.3. Arbeitsgruppen

II.3.1. Großstadtoffensive

Vorsitz: **Gisela Piltz**

Großstädte sind als Ballungsräume sehr interessant für Liberale. Rund ein Drittel der deutschen Bevölkerung lebt in insgesamt 82 Großstädten. Diese

gewinnen dabei immer mehr an Bedeutung: Sie sind Kristallisationspunkte der Informationsmärkte, der Meinungsmacher und Multiplikatoren. So strahlen sie als Zentren der Macht neue Trends, Einstellungsveränderungen und Wahrnehmungen in das gesamte Land aus.

Um die Positionierung der Liberalen in Großstädte zu verbessern und dort politischen Einfluss zu gewinnen, wurde die AG Großstadtoffensive ins Leben gerufen und im Berichtszeitraum erfolgreich abgeschlossen. Auf der bundesweiten Kreisvorsitzendenkonferenz in Hannover (17.-18. November 2007) stellte die FDP



Die nächtliche Skyline von Frankfurt am Main

abschließend „10 Schritte für eine erfolgreiche FDP in den Großstädten“ vor. Dabei wurde unterstrichen: Die FDP muss sich auf ihre eigenen Stärken und Kompetenzen konzentrieren – vor allem in Großstädten. Sie sollte in der Darstellung ihrer Inhalte nicht versuchen, Mitbewerber zu imitieren. Stattdessen muss eine klare Auseinandersetzung mit der Außendarstellung und den tatsächlichen Inhalten anderer Parteien erfolgen, um die FDP als einzige ganzheitlich freiheitliche Partei auch in den Großstädten zu etablieren.

II.3.2. Frauenoffensive

Vorsitz: **Cornelia Pieper**

Um der liberalen Frauenpolitik ein deutlicheres Profil zu geben und mehr Zuspruch bei den Wählerinnen zu erzielen, müssen die laufenden frauenspezifischen Maßnahmen der FDP optimiert werden, die der Bundesvorstand der FDP am 6. November 2006 im Rahmen eines 7-Punkte-Programms beschlossen hat.



Gespräch mit den Teilnehmerinnen des Mentoring-Programms

Die Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Bundespartei, Bundestagsfraktion, den Landesverbänden, der Bundesvereinigung Liberale Frauen und der Jungen Liberalen sowie der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, tagte insgesamt vier Mal (4. Juli 2007, 12. Oktober 2007, 15. Februar 2008 und 20. Oktober 2008).

Die Arbeitsgruppe kann auf eine erfolgreiche Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen zur Frauenförderung in der FDP zurückblicken. Erste Maßnahmen wurden mit der Auslobung eines Bürgerinnenpreises „Liberta“, der Umfrageaktion zum Selbstverständnis als FDP-Mitglied sowie die Umsetzung des Mentoring-Programms „Top-Nachwuchs-Talent“ zur gezielten Nachwuchsförderung insbesondere für Frauen und des Aufbaus eines Frauen-Netzwerkes zum Beispiel durch den „Ladies Lunch“ bereits realisiert.

Der Bürgerinnenpreis ist bislang zweimal (24. Oktober 2007, 12. November 2008) verliehen worden. Die bisherigen Preisträger sind: Prof. Dr. Gisela Wild und Prof. Dr. Ulrike Detmers. Die Ehrenpreise zum Bürgerinnenpreis erhielten: die Frauen-Fußballnationalmannschaft und die Dressreiterin Ann Kathrin Linsenhoff. Mit diesem Preis würdigt die FDP einmal im Jahr Frauen, die eine außergewöhnliche Leistung mit Vorbildcharakter für die Bürgergesellschaft erbringen.

Darüber hinaus wurde die stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP und Vorsitzende der AG Frauen Cornelia Pieper beauftragt, die Pilotphase des Mentoring-Programms „Top-Nachwuchs-Talent“ zu begleiten. Dazu hat der Bundesvorstand der FDP auf seiner Sitzung am 10. Dezember 2007 das von der Arbeitsgruppe vorgelegte Konzept für ein künftiges Mentoring-Programm in der FDP beschlossen. Im Januar 2009 gingen die Teilnehmerinnen des zweiten Mentoring-Durchgangs an den Start.

Ferner wurde auf Initiative der Arbeitsgruppe ein 4-Punkte-Programm im Bundesvorstand verabschiedet, mit dem die Frauenförderung auch in den Landesverbänden vorangebracht werden soll.

II.3.3. Parteireform

Vorsitz: **Hans-Jürgen Beerfeltz**

Der Bundesvorstand hat eine Arbeitsgruppe „Partei-reform“ eingesetzt, die auch 2008 intensiv gearbeitet hat. Vorsitzender der Expertengruppe ist der FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz. Die Arbeitsgruppe „Partei-reform“ erörtert Möglichkeiten und Maßnahmen, wie der politische Prozess fortentwickelt und damit für den politisch interessierten Bürger attraktiver gestaltet werden kann. Wir bleiben dabei: Weil die Bürger sich nicht auf die Parteien zu bewegen werden, müssen die Parteien wieder näher an die Bürger herantreten. Die Ergebnisse der Diskussionen können unter www.reform.fdp.de verfolgt werden.

Leitsätze zur Organisationsreform der FDP:

Die FDP macht die Türen auf. Sie will eine breite Öffnung ihrer Parteiarbeit, um einer größtmöglichen Zahl von Menschen Chancen für eine bessere politische Mitwirkung zu geben. Die FDP hat bereits in der Vergangenheit bewiesen, dass sie zu einer Parteireform (1996) bis hin zu radikalen strukturellen Änderungen fähig ist. So hat die FDP z. B. traditionelle Gremien wie den früheren Bundeshauptausschuss abgeschafft und neue Entscheidungsinstrumente wie z. B. den Mitgliederentscheid für Sachfragen in ihrer Satzung verankert. So hat die FDP für die Gremienarbeit z. B. in Kommissionen für die Mitwirkung externen Sachverständigen geöffnet. Außerdem reagierte die FDP als erste Partei auf Veränderungen im Partizipationsverhalten der Bürger. Den Landesverbänden und ihren Untergliederungen ist es z.B. freigestellt, welche Formen der Mitwirkung von Nichtmitgliedern sie wählen. Mit Unterstützung der Bundespartei können dort „Liberale Initiativen“ – zwanglose, informelle und weitgehend von den lokalen Parteistrukturen unabhängige Vereinigungen – angestoßen werden.

Drei Prinzipien sollen die weitere Organisationsreform der FDP bestimmen:

- Die Parteiarbeit muss dem veränderten Freizeit- und Medienverhalten der Menschen Rechnung tragen.

- Übereinstimmung von Form und Inhalt gehört zur Glaubwürdigkeit liberaler Politik. Die Ziele der FDP müssen Struktur und Organisationsformen der Arbeit bestimmen – nicht umgekehrt.
- Politische Arbeit ist Öffentlichkeitsarbeit. Bessere Kampagnenfähigkeit braucht die Investition in die Sichtbarkeit der wichtigsten liberalen Botschaften.

Die weitere Parteireform der FDP hat nicht das finale Ziel einer bestimmten Organisationsstruktur. Die FDP will sich als lernendes Unternehmen organisieren, das in einem ständigen Prozess der Reform offensiv die weitere Entwicklung zur Informationsgesellschaft annimmt. Um diese Ziele zu verwirklichen hat die AG Parteireform mehrmals in Berlin getagt, sich intensiv mit dem Bundessatzungsausschuss ausgetauscht und den Kontakt zu vielen Experten in der Bundesrepublik gesucht. Ergebnis dieser Diskussionen ist ein umfassendes Arbeitspapier, welches in der Bundesgeschäftsstelle angefordert werden kann.

Höhepunkt der Arbeit war eine Expertenanhörung am 16. Dezember 2008 unter dem Titel „Partei der Zukunft“. An diesem Tag wurde sowohl das Arbeitspapier der AG beraten, aber auch mit den anderen Parteien über deren Ansätze diskutiert.

II.3.4. Programmkommission

Vorsitz: **Dirk Niebel**

Die Programmkommission wurde durch einen Beschluss des FDP-Bundesvorstandes vom 28. Januar 2008 einberufen und mit der Erarbeitung des Deutschlandprogramms 2009 beauftragt. 34 Fachpolitiker aller politischen Ebenen gehörten diesem Gremium an, das unter der Leitung des FDP-Generalsekretärs Dirk Niebel das Grundgerüst des Wahlprogramms erarbeitete.

Betreut durch die Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Strategie und Kampagnen, wurden in vielen Sitzungen der Programmkommission, beginnend am 28. März 2008 über eine Klausurtagung im Dezember 2008 in Potsdam bis zur Abschlusssitzung am 2. März 2009 in Berlin, die inhaltlichen Vorarbeiten geleistet.

Folgende Arbeitsgruppenleiter waren federführend an der Entstehung des Entwurfs beteiligt:

Präambel/ Schlussbemerkung: Dirk Niebel

Kapitel 2 – Soziale Marktwirtschaft, Soziales: Heinrich Kolb, Daniel Bahr

Kapitel 3 – Innen und Recht:

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Philipp Rösler

Kapitel 4 – Bildung und Forschung: Ulrike Flach, Andreas Pinkwart

Kapitel 5 – Umwelt, Energie: Christel Happach-Kasan, Michael Kauch

Kapitel 6 – Außenpolitik: Werner Hoyer, Alexander Graf Lambsdorff

Bevor das Programm durch Präsidium und Bundesvorstand beraten wurde, hatten auch die Fachpolitiker und -Referenten der FDP-Bundestagsfraktion die Möglichkeit, zu den Inhalten des Entwurfs im Hinblick auf die aktuelle Beschlusslage von Partei und Fraktion Stellung zu nehmen. Der Entwurf für das FDP-Bundestagswahlprogramm wurde am 23. März 2009 durch den Bundesvorstand der FDP behandelt und verabschiedet.

Bis zum 14. Mai 2009 hatte die Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich im Rahmen einer Internetdiskussion auf www.deutschlandprogramm.de mit dem Programm auseinanderzusetzen und der FDP weitere Anregungen für den Entwurf mitzuteilen.

Fünf zentrale Ziele prägen das Programm: Die Soziale Marktwirtschaft als System, in dem sich Leistung lohnt und so auch das erwirtschaftet wird, was an Bedürftige verteilt werden soll. Bildung als Bürgerrecht, das die Integration in die Gesellschaft und den sozialen Aufstieg erst möglich macht. Eine Politik, die Respekt vor der Verfassung und den Bürgerrechten hat, und Staatsbürger nicht zu bevormundeten Staatskunden degradiert. Eine Energie- und Umweltpolitik der Vernunft, die auf neue Technologien setzt und auf ideologische Denkverbote verzichtet. Eine Außenpolitik, die Vertrauen in der Welt schafft und den Frieden durch neue Abrüstungsinitiativen sichert.

Verabschiedet wird das Wahlprogramm beim FDP-Bundesparteitag vom 15.-17. Mai 2009.

The screenshot shows the FDP's online discussion platform for the 2009 program. The header includes the FDP logo and the slogan "Mehr Mut. Mehr Mensch. Mehr FDP." The main content area is titled "Programmdiskussion" and features a message from Dirk Niebel, the chair of the program commission, thanking participants for their contributions. The message states: "Im Namen der Programmkommission der FDP möchte ich Ihnen nochmals für Ihre Mitwirkung bei der Erstellung unseres Deutschlandprogramms danken. Ihre Abstimmlungen und Anregungen wurden in den zuständigen Gremien beraten und haben unterschiedliche Berücksichtigung erfahren. An dieser Stelle finden Sie nun die aktuelle Fassung des Programmentwurfs, wie er vom Bundesvorstand auf dem kommenden Bundesparteitag in Hannover zur offiziellen Beratung und Beschlussfassung angebracht werden wird. Ich freue mich, wenn Ihre weiteren Diskussionsbeiträge an dieser Stelle als Anregung für die Delegationen des Bundesparteitages dienen und in das Deutschlandprogramm Eingang finden. Begleiten Sie die FDP auch weiterhin mit Interesse und unterstützen Sie uns. Gemeinsam können wir den dringend notwendigen Politikwechsel für Deutschland erreichen." Below the message, there is a list of discussion topics and a sidebar with a video player showing Dirk Niebel speaking, a login section, and a list of discussion topics. The bottom of the page features a "Mitmachen" section with a "my.fdp" logo.

III. Liberales Vorfeld

► III.1. Bundesverband Junge Liberale

Vorsitz: **Johannes Vogel**

Die Jungen Liberalen haben sich in den vergangenen zwei Jahren noch einmal deutlich weiterentwickelt. Wir sind sehr gut aufgestellt für die Wahlkämpfe in diesem Jahr, sowohl inhaltlich als auch organisatorisch und im Auftritt nach außen. Dazu haben wir in den letzten Jahren den Grundstock erarbeitet:

Programmatisch: Wir haben auf den vergangenen Kongressen einen umfangreichen Antrag zur Außen-, Sicherheits- und Europapolitik beschlossen und hatten die Ehre, Hans-Dietrich Genscher als Gastredner begrüßen zu dürfen. Als großes Projekt konnten wir ein neues Grundsatzprogramm verabschieden. Über zweieinhalb Jahre führten wir diesen Prozess und haben nun ein Programm, welches auf der Höhe der Zeit ist. Wir haben es zudem geschafft, diesen Prozess auch in der FDP in Gang zu bringen. Zudem haben wir sowohl ein Europa- wie auch ein Bundestagswahlprogramm beschlossen, das wir als Grundlage für die Wahlkämpfe und unsere Arbeit in die FDP sehen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit unseres Verbandes ist die Öffentlichkeitsarbeit. Hier konnten wir verstärkt in allen bundesweit wichtigen Medien auftreten. Besonders erwähnenswert ist vor allem die Sommer-Serie der Süddeutschen Zeitung aus dem Jahr 2008 über die politischen Jugendorganisationen: Der Beschreibung „...eine interessante Mischung. Sie macht die JuLis



Johannes Vogel demonstriert vor dem Kanzleramt für mehr Generationengerechtigkeit



Hans-Dietrich Genscher zu Gast bei den Jungen Liberalen



Aktion der Julis mit Hans-Joachim Otto



Protest gegen Menschenrechtsverletzungen vor der Botschaft Russlands

zur derzeit interessantesten politischen Nachwuchsorganisation. Nicht so bedeutungslos wie die Grüne Jugend, nicht so notorische Querulanten wie die Jusos, nicht so angepasst und an der Kandare der Kanzlerin wie der Unionsnachwuchs. Sondern mit wachsendem Einfluss auf die inhaltlichen Debatten in der FDP...“ haben wir mit Sicherheit nichts hinzuzufügen! Zudem haben wir vor einigen Wochen unsere Homepage www.julis.de in einem neuen Design relauncht und sorgen für Präsenz in allen Zielgruppenrelevanten Web 2.0-Medien.

Organisatorisch: Unsere Bundeskongresse werden immer größere Events, die wir absolut professionell



Die Jungen Liberalen in Aktion

organisieren und durchführen. Auf den vergangenen Kongressen hatten wir jeweils über 300 Teilnehmer, was den Zuspruch und das Interesse an unserer Arbeit zeigt. Wir sind gut aufgestellt für das so wichtige Wahljahr 2009 und wollen die beste Jungwählerkampagne durchführen, die Deutschland je gesehen hat.

► III.2. Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand

Vorsitz: **Dr. Heinrich L. Kolb**

Die Bundesvereinigung Liberaler Mittelstand e.V. unter dem Vorsitz von Dr. Heinrich L. Kolb ist ein Zusammenschluss von mittelständischen Unternehmern, Handwerkern, Freiberuflern, Angestellten aus diesen Bereichen, die sich dem liberalen Gedankengut verpflichtet fühlen und dem Mittelstand eine politische Stimme geben wollen. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 ist die Bundesvereinigung auf mehr als 800 Mitglieder gewachsen und hat sich die Zahl der Landesverbände durch Neugründungen in den Bundesländern Brandenburg im Jahr 2007 und in Berlin im Jahr 2008 auf 14 erhöht. Es bestehen daneben Landesverbände in den Ländern Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Weitere Zuwächse durch Beitritte der Mittelstandsvereinigungen in Baden-Württemberg und Sachsen werden erwartet. Hierzu hat es bereits positive Gespräche gegeben. Im Jahr 2008 wurden der 5. Regionalverband in Niedersachsen sowie ein Regionalverband Südhessen gegründet. Ein weiterer Regionalverband im Werra-Meißner-Kreis ist seit Anfang 2009 hinzugekommen.

Die sachpolitische Beratung des Bundesvorstandes findet regelmäßig alle zwei bis drei Monate statt. Im Mittelpunkt stand die Erörterung mittelstandsrele-

vanter Themen, die, neben der Arbeitsmarktpolitik und der Reform der Unternehmenssteuer, im Jahr 2008 wesentlich von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bestimmt waren. Auf Länderebene sind zahlreiche Veranstaltungen und Diskussionsrunden durchgeführt worden. Nicht zuletzt konnte die intensive und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit fortgesetzt werden.

Im November 2007 fand unter dem Motto „Die Welt rückt zusammen – Mittelstand und Globalisierung“ der 3. Deutsche Mittelstandstag in Frankfurt am Main statt. Im Jahr 2008 haben sich Mitglieder und Unternehmer im Rahmen des 4. Deutschen Mittelstandstages in Erfurt zu dem Thema „Der Mittelstand – Zukunft für die Menschen“ zusammen gefunden. Mit dem Ziel der Förderung von Kontakten zwischen Unternehmen und Schulen ist ein Arbeitskreis „Schule und Mittelstand“ ins Leben gerufen worden. Austragungsort des Mittelstandstages 2009 ist Nürnberg.

Mit der Teilnahme an zahlreichen Veranstaltungen hat die Projektgruppe Marketing zu mehr Präsenz in der Öffentlichkeit beigetragen. So konnte der Dialog mit den Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft fortgesetzt und ausgebaut werden. Regelmäßig hat die Bundesvereinigung zudem an der erweiterten Wahlkampfrunde der FDP teilgenommen. Mit der Herausgabe des Magazins „Liberaler Mittelstand

aktuell“ sowie zahlreichen Pressemitteilungen konnte die Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden.

Die Internetseite www.liberaler-mittelstand.de wird regelmäßig aktualisiert und gibt einen Überblick über die Arbeit und die Aktivitäten des Bundesverbandes sowie der einzelnen Landesverbände.

► III.3. Bundesverband Liberaler Frauen

Vorsitz: **Mieke Senftleben**

Die Liberalen Frauen als Vorfeldorganisation der FDP sind in nahezu allen Bundesländern mit eigenen Landesverbänden vertreten, teilweise auch durch Bezirks- und Kreisverbände. Lediglich im Stadtstaat Bremen gibt es keinen eigenen Landesverband. Unterstützung erhalten die Liberalen Frauen von dem Förderverein der Liberalen Frauen.

Der Bundesvorstand tagte regelmäßig etwa alle drei Monate, um die Arbeit überregional zu vernetzen. Die Kooperation der Liberalen Frauen auf allen Ebenen mit anderen Frauen- und Berufsverbänden hat sich weiter intensiviert. Neben der Zusammenarbeit mit dem Bundesfrauenrat, dem Juristinnenverband gibt es eine weitere Zusammenarbeit mit dem BPW (Business Professional Women).



Verleihung des Bürgerinnenpreises „liberta“ 2007:
Cornelia Pieper, Nadine Angerer, Hans-Dietrich Genscher, Gisela Wild, Guido Westenwelle



Liberaler Frauen auf dem Bundesparteitag in Stuttgart



Meinungsaustausch auf dem Bundesparteitag in München

Im März 2009 wurde ein gemeinsamer Aktionstag der Landesverbände mit dem Bundesverband im Vorfeld des Equal Pay Day durchgeführt. Verschiedene Veranstaltungen in den jeweiligen Bundesländern griffen das Thema des Equal Pay Day auf – durch Podiumsdiskussionen, Unternehmerinnengespräche und andere Veranstaltungsformen konnten die liberalen Frauen hier Akzente setzen. Die zentrale Veranstaltung des Bundesvorstandes in Kooperation mit dem Berliner Landesverband am 19. März in Berlin stand unter dem Motto „Reine Einstellungssache“. Auf dem Podium war auch der Generalsekretär der FDP, Dirk Niebel MdB, vertreten, ca. 100 Personen nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Bundesmitgliederversammlung wählte im April 2008 einen neuen Vorstand, auf der Bundesmitgliederversammlung im Februar 2009 in Frankfurt stand eine Diskussion mit Kandidatinnen für die Europawahl im Vordergrund sowie die Beratung diverser Anträge. Zahlreiche Veranstaltungen der FDP und auch der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Frei-

heit konnten unter Beteiligung führender Liberaler Frauen stattfinden.

Die Liberalen Frauen waren außerdem in der AG Frauen aktiv und konnten sich insbesondere erfolgreich dafür einsetzen, dass das Mentoring-Programm sich für zwei weitere Jahre ausschließlich an Frauen richtet.

Am 25. August 2008 fand in Rostock die Gründungsversammlung des Landesverbandes der Liberalen Frauen Mecklenburg-Vorpommern statt.

Die Bundesvereinigung der Liberalen Frauen e.V. ist im Internet mit der Webseite www.liberaler-frauen.de vertreten.

► III.4. Bundesverband Liberaler Senioren

Vorsitz: **Bertold Bahner**

Intensive programmatische Arbeit hat den Bundesverband der Liberalen Senioren (LiS) zu einem der Vordenker für Seniorenpolitik in Deutschland gemacht. Schon 2004 forderten die Liberalen Senioren auf dem Bundesparteitag der FDP in Dresden „Deutschland zukunftsfähig machen – die Potentiale des Alters nutzen“. 2006 stellten die LiS in Rostock den Antrag „Wegfall der Altersgrenzen – Vorfahrt für Arbeit“ – so beschlossen. Im Jahre 2007 in Stuttgart: „Aktiv im Alter – mittendrin und selbstbestimmt“ – so vom BPT beschlossen. Mit der Annahme dieser Anträge hat die FDP sich an die Spitze der seniorenpolitischen Diskussion gestellt.

Die FDP kann als einzige Partei einen schlüssigen Ansatz zur Bewältigung des demographischen Wandels vorlegen. Dazu gehören außer dem Steuerkonzept, dem liberalen Bürgergeld, den Positionen der FDP zur Gesundheitspolitik, zur Rente und zur Bildungspolitik auch die Forderungen der Liberalen Senioren:

- Wegfall aller Altersgrenzen für Arbeit
- Aufbau eines Altersmanagements für die Mitarbeiter in Wirtschaft und Verwaltung
- Weiterbildung auf allen Altersstufen
- mehr gesellschaftliche und politischen Mitwirkungsrechte für ältere Menschen
- neue quartiersbezogene Wohnkonzepte für generationenübergreifendes Zusammenleben

Der Bundesverband der Liberalen Senioren sieht als wichtigstes Ziel, Klischees und gesellschaftliche Vorurteile gegenüber dem Alter abzubauen. LiS fordert seit 2003 eine neue gesellschaftliche Sicht auf Alter. Dazu braucht es mehr als Respekt und Anerkennung. Wir brauchen ein Bild von der Leistungsfähigkeit im Alter, von kultivierter Intellektualität, von Effektivität und Kreativität und von sozialer Kompetenz. Die liberalen Senioren setzen sich aber auch für ein neues, ein verändertes Bild in Grenzsituationen ein, für eine neue Sicht auf Krankheit und Behinderung im Alter. Wir



LiS-Vorstand: Jürgen Herrguth, Bertold Bahner, Nora Jordan-Weinberg, Kurt Sütterlin und Bernd Speich

brauchen eine bewusste Kultur der Vielfalt, die auch ein Leben in Demenz oder weitgehender Lähmung als ein Leben ansieht, das Zuwendung und würdevollen Umgang verdient, das lebenswert ist.

Ende 2007 gaben die Liberalen Senioren eine Broschüre zum Thema „Eckpunkte liberaler Seniorenpolitik“ heraus. Auf Anregung der LiS hat die Bundestagsfraktion der FDP am 3. Juni 2008 in Berlin ihren ersten Seniorenkongress unter dem Motto „Neue Wege, neue Chancen – Freiheit kennt kein Alter“ veranstaltet. Seniorenpolitische Veranstaltungen fanden auch auf Länderebene in Zusammenarbeit mit Landtagsfraktionen oder der Landespartei statt, u.a. in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Gemeinsam mit den Jungen Liberalen fand am 14./15. März in der Theodor-Heuss-Akademie ein gemeinsames Seminar statt, das sich mit dem Schlagwort „Soziale Gerechtigkeit“ als politischem Kampfbegriff beschäftigte.

Ebenso gab es verschiedentlich Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit den Liberalen Senioren auf Landesebene. Am 3. April 2009 schließlich hat der Bundesvorstand der Liberalen Senioren eine Resolution zur Lage der Rentner verabschiedet, die sich mit dem Thema Altersarmut befasst.

► III.5. Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen

Vorsitz: **Daniel George** (2007-2008),
Johannes Knewitz (2009)

Der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen (LHG) ist der Dachverband von ca. 70 Gruppen liberaler Studierender an Hochschulen der gesamten Bundesrepublik. Er fördert das hochschulpolitische Engagement seiner Mitgliedsgruppen und arbeitet als politischer Interessenverband konzeptionell an der Hochschul- und Sozialgesetzgebung von Bund und Ländern mit. Hauptaktivitäten sind die inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Liberalen Hochschulgruppen vor Ort, die Organisation von Kongressen und Seminaren zur politischen Bildung, programmatischen Weiterentwicklung und Vernetzung von liberalen Studierenden sowie die Begleitung hochschulpolitischer Entwicklungen durch Pressemitteilungen und Teilnahme an Sitzungen und Anhörungen politisch relevanter Akteure.

Als liberaler Verband unterhält der LHG enge Beziehungen zur FDP, um gemeinsame Ziele voran zu bringen und den Bildungs- und Hochschulpolitischen Fokus unter den Liberalen zu fördern. Insbesondere



nehmen der Bundesvorsitzende und die Vorstandsmitglieder an Bundesvorstandssitzungen, Bundesparteitagen und Bundesausschüssen oder -arbeitskreisen teil. Kontakte bestehen auch zu den JuLis, der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, dem Verband Liberaler Akademiker (VLA) und anderen liberalen Verbänden und Vereinigungen in Deutschland und Europa, letzteres z.B. im Rahmen der internationalen Arbeit mit dem liberalen Jugendverband LYMEC, innerhalb dessen der LHG vor allem im European Liberal Students Network (ELSN) Verantwortung übernimmt. Im Kontext studentischer Hochschulpolitik pflegt der LHG außerdem regelmäßig seine Kontakte zu anderen hochschulpolitischen Verbänden. 2008 war der LHG an der Gründung der Hochschulallianz beteiligt, in der sich neben dem Deutschen Hochschulverband, RCDS und Deutschem Studentenwerk eine Zahl weiterer Verbände für eine Besserstellung der Hochschulen einsetzen.

In den Jahren 2007 bis 2009 konnten die Vorstände unter Führung von Daniel George (2007-2008) und Johannes Knewitz (2009) all diese Aufgaben wahrnehmen. Finanziell hat sich der LHG in den letzten Jahren mit viel Kraft konsolidiert, die programmatische Arbeit konnte trotzdem in gleichem Maße voranschreiten. Neben zahlreichen mitunter internationalen Seminaren zu hochschulpolitischen Themen wie der Lehrerausbildung oder Studentenverbindungen konnten insbesondere die Bundeskongresse in Wildeck-Obersuhl, Mün-

ster, Stuttgart und Berlin zu einer umfassenden und fachkundigen Beschlusslage des Bundesverbandes beitragen. So sind nur exemplarisch der Bologna-Prozess, studentische Mobilität, die Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft oder eine Neuorganisation von Student Services als Schwerpunkte zu nennen.

Auch die Mitgliedsgruppen konnten, unterstützt vom Bundesverband, wieder viele Erfolge erkämpfen. Neben einer starken Beteiligung in der Studentischen Selbstverwaltung und vielen akademischen Gremien werben Liberale Hochschulgruppen vor Ort immer erfolgreicher für den Liberalismus an deutschen Hochschulen. Trotz des immer höheren Arbeitsaufwandes eines Studiums werden ehrenamtlich Informationschriften und Flugblätter verteilt, Diskussionsveranstaltungen organisiert und Wahlkämpfe geführt. An fast allen größeren Hochschulen haben Liberale Hochschulgruppen starke Fraktionen in Studierendenparlamenten, bei Senatswahlen kann fast immer eine ordentliche Liberale Vertretung erreicht werden.

Obwohl der LHG sich in schwierigem Umfeld bewegt und das Engagement auf allen Ebenen mit dem Aufwand und den Einschränkungen eines Studiums in Einklang gebracht werden muss, konnte der LHG im Zeitraum 2007 bis 2009 weiter mit gesellschaftlicher Meinungsbildung, an den Hochschulen in ganz Deutschland und darüber hinaus, den Liberalismus verteidigen und verbreiten.



Universität

IV. Bundesgeschäftsstelle

► IV.1. Struktur des Thomas-Dehler-Hauses

Leitung: **Hans-Jürgen Beerfeltz**

Der Freiheitsladen brummt!

Mit mehr als 11.000 Quadratmeter ist das Thomas-Dehler-Haus die größte Parteizentrale aller Parteien – fast doppelt so groß wie die von CDU und SPD. Allerdings nutzt die FDP von dieser Gesamtfläche selbst nur knapp 10 Prozent – alles andere ist Mietfläche.

Dahinter steckt ein ganz einfaches wirtschaftliches und strategisches Konzept, das in dieser Form natürlich zur FDP passt. Das Ziel, langfristig die Ausgaben des Normalhaushalts der Partei komplett aus den Mieteinnahmen und der Veranstaltungsvermarktung decken zu können. Die Bundesgeschäftsstelle will finanziell zur Sanierung der FDP beitragen und zugleich durch eigenes Handeln die FDP-Wirtschaftskompetenz unterstreichen.

Gleichzeitig versteht sich die Bundesgeschäftsstelle seit nun vielen Jahren auch nicht als Verwaltungszentrale der Partei, sondern als Gestaltungsraum, als Service-Zentrum und Freiheitsladen. Und dieser Freiheitsladen brummt!

Die innere Organisation des Thomas-Dehler-Hauses folgt dem Maßstab des amerikanischen „war-floor“-Prinzips, dem Prinzip der kurzen Wege. Deshalb befinden sich die Büros des Bundesvorsitzenden, des Bundesgeschäftsführers, des Generalsekretärs und des Bundesschatzmeisters in räumlich unmittelbarer Nähe. Das garantiert kürzeste Entscheidungs-Wege im eigentlichen Wortsinn und garantiert damit Schnelligkeit und Beweglichkeit.

Mit zwei öffentlich zugänglichen Restaurants ist das Thomas-Dehler-Haus als offenes Haus gestaltet. Und in dem eigenen Konferenzzentrum lassen sich auch dort wieder gewinnbringend externe sowie interne Veranstaltungen organisieren. Insgesamt finden jedes Jahr knapp 300 kleinere und größere Veranstaltungen

im Konferenzzentrum der Bundesgeschäftsstelle statt – vom kleinen Seminar über Sitzungen der Bundesausschüsse bis hin zu großen Feiern von Verbänden mit 1.200 Teilnehmern.

Auch „optisch“ präsentiert sich die FDP in ihren Räumlichkeiten modern und offen. Mit regelmäßig wechselnden Ausstellungen untermauert die FDP ihr Image als kulturfreundliche Partei und unterstreicht das Konzept der Offenheit des Hauses. Gerade jüngere, aufstrebende Künstler freuen sich über die kostenlosen Ausstellungsflächen.

Zudem präsentiert sich das Thomas-Dehler-Haus mit dem Konzept einer bewussten politischen Offenheit als einzige Parteizentrale mit einem Bürgerbüro direkt am Bürgersteig. Der „FDP Info-Point“ ist zugleich mit seiner kompletten Ausstattung ein Angebot an die Partei als nutzbare „Musterkreisgeschäftsstelle“. Weitere Partei-Räume im Erdgeschoss nutzt die FDP im Superwahljahr 2009 als „MitMachZentrum“. Es wird ganz bewußt als Anlaufstelle für alle Maßnahmen im Dialog-Marketing eingerichtet. In Nicht-Wahlzeiten dienen die Räume aber auch zum Beispiel für ständige Ausstellungen zur Arbeit und zu den Kampagnen der Partei und ihrer Vorfeldorganisationen.

Insgesamt erfüllt die FDP Bundesgeschäftsstelle ihre immer weiter gewachsenen Aufgaben mit nur 26 Vollzeitstellen beschäftigt.

► IV.2. Abteilung Strategie und Kampagnen

Leitung: **Helmut Metzner**

Unsere Partei hält Kurs. Die FDP hat seit 2007 verstärkt die Mitte der Gesellschaft in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten gerückt. Ausgehend von einer Halb-

zeitbilanz der Arbeit der schwarz-roten Bundesregierung hat die Abteilung Strategie und Kampagnen (SuK) den liberalen Gegenentwurf zu einer Politik zwischen finanzieller Belastung und persönlicher Bevormundung zum Maßstab ihrer Aktivitäten gemacht. Als Grundlage für die Kampagnen der FDP dient dabei die breite inhaltliche Substanz, die in den Fach- und Entscheidungsgremien der Liberalen, aber auch im breiten Dialog mit den Freunden der Freiheit im ganzen Land erarbeitet wird.

Dieses Mehr an Inhalt liefert die Grundlagen für die Werbemittel, Aktionsvorschläge, Argumentationshilfen und Kampagnenleitfäden, die in der Abteilung entstehen, um die Arbeit der Freiheitsfreunde in den Gliederungen der Partei zu unterstützen. So entsteht ein Instrumentarium, das die Liberalen bei den Landtagswahlen, die in Hessen und Niedersachsen, in Bayern und Hamburg zu führen waren, erfolgreich gemacht hat.

Im Dialog mit Bürgern und Verbänden hat die FDP ihre Wahlprogramme für die Europawahl und die Bundestagswahl mit Hilfe einer öffentlich angelegten Diskussion im Internet vorbereitet. Diesen Prozess hat die Abteilung begleitet, moderiert und zu entscheidungsreifen Beschlussvorlagen aufbereitet. Die umfangreiche programmatische Tätigkeit der Abteilung wird durch die Arbeit der Fachausschüsse und Kommissionen ermöglicht. Ihr Tun ist in die Arbeit der Programmkommission eingeflossen, die betreut von der Abteilung den Entwurf für das Bundestagswahlkampf erstellt hat.

Durch gezielte Mailing-Aktivitäten hat die Abteilung für die Ziele und Vorhaben der FDP geworben. Mehr als 7.500 zum Teil sehr umfangreiche Anfragen von Einzelpersonen hat die Abteilung in den vergangenen beiden Jahren bearbeitet. Das gesamte Spektrum aktueller politischer Probleme spiegeln die zahlreichen Wahlprüfsteine von Interessenorganisationen wieder, die in der Abteilung darüber hinaus beantwortet wurden.





Die Abteilung Strategie und Kampagnen auf dem Strategiegipfel in Erfurt.

Dabei gewinnt die Abteilung ein Bild der öffentlichen Belange, das auch bei der Beobachtung der politischen Mitbewerber, die zu den Aufgaben der Abteilung gehört, von Vorteil sein kann, wenn es darum geht, die eigenen Argumente fortzuentwickeln. Für die notwendige Bodenhaftung sorgen auch die jährlich rund 3.300 Gäste aus dem In- und Ausland, die sich in der Diskussion mit Mitarbeitern der Abteilung ein Bild von der Arbeit im Thomas-Dehler-Haus machen.

Als Beratungseinheit für die Mitglieder will die Abteilung Anregungen für die Arbeit in den Gliederungen vermitteln, von denen die Freunde der Freiheit im täglichen politischen Gespräch am Arbeitsplatz und in der Familie profitieren.

Mit 106 Ausgaben im Berichtszeitraum hat sich dabei der wöchentlich erscheinende elektronische „freibrief“ noch mehr als bisher zum schnellen und umfassenden Medium entwickelt, mit dem die Mitglieder und Sympathisanten zeitnah und aktuell über anstehende Termine, Kampagnenmaßnahmen und Angebote aus allen Bereichen der liberalen Politik informiert werden. Inzwischen nutzen mehr als ein Drittel aller Aktivisten der FDP diese unentgeltliche Info-E-Mail, die die für das Internet bereit gestellten und in der Parteizeitschrift „elde“ (Liberaler Depesche) durch die Abteilung verfügbar gemachten Argumente, Beschlüsse und Hinweise zu Aktivitäten der Partei ergänzt.

Als Arbeitseinheit, die Präsidium und Bundesvorstand unterstützt und an der Vorbereitung von Gremienbeschlüssen mitwirkt, ist die SuK auch an der Kommunikation der Entscheidungen in die Parteiöffentlichkeit beteiligt. Sie entwickelt auch Maßnahmen, die politische Forderungen in kampagnentaugliche Bildbotschaften umsetzt. Dabei trägt die Abteilung zur

themenspezifischen Präsenz der Liberalen bei öffentlichen Veranstaltungen wie etwa den Kirchentagen bei. In Kooperation mit Organisationen des engeren liberalen und weiteren politischen Umfelds tritt die Abteilung bei Demonstrationen und Kundgebungen für liberale Anliegen ein.

Im Wahljahr 2009 hat die Abteilung die Rekrutierung von Freiwilligen organisiert, die im Mitmachzentrum des Thomas-Dehler-Hauses und als dezentrale Unterstützer unter Nutzung der internetbasierten MitMachArena zum liberalen Erfolg bei den Wahlen beitragen wollen. Das kommt auch der Arbeit für die Kandidaten und Mandatsträger zu Gute, die sich mit ihren Anregungen und Fragen an die SuK wenden.

Aus der Führung des Büros des Generalsekretärs erwachsen der Abteilung Aufgaben im Bereich der Rede- und Auftrittsvorbereitung und die Durchführung von Maßnahmen wie die des Zukunftsforums der Partei, das der Generalsekretär leitet.

Die Abteilung ist Ansprechpartner für die Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und die Vertreter der deutschen FDP in der Europäischen Liberalen Demokratischen Reformpartei (ELDR) und der Liberalen Internationalen (LI). Der Kontakt mit den internationalen Partnern und der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit vermittelt der Abteilung Kontakte und Kenntnisse, die eine zeitgemäße, ressourcenschonende Partearbeit ermöglichen. So setzt die Abteilung ihren Anspruch als effiziente und effektive Serviceeinheit mit hoher Dienstleistungsbereitschaft um.

► IV.3. Abteilung Organisation und Finanzen

Leitung: **Gabriele Renatus**

Serviceorientiert und stets ansprechbar, so verstehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Organisation und Finanzen ihre Tätigkeit. Die enge Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungsumfeld der FDP, wie dem Liberalen Parteiservice (LiPS), der liberal Verlag GmbH, der universum-online GmbH und der Comdok GmbH ist deshalb unerlässlich.

Die Arbeitsschwerpunkte der Abteilung liegen in der organisatorischen Planung und Durchführung von Parteitagen, Wahlkampfveranstaltungen, Kongressen und Sonderveranstaltungen. Auch die internen Orga-

nisationsabläufe der Bundesgeschäftsstelle, das gesamte Beschaffungswesen, die Rechnungsprüfung und Vertragsadministration, die Absprachen mit dem Bundespresseamt zur Vorbereitung der Führungen von Besuchergruppen der Abgeordneten im Thomas-Dehler-Haus werden von der Abteilung verantwortet.

Besondere Aufgaben kommen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung zu jeweils bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen z.B. mit der Planung und Vorbereitung von zentralen Wahlkampfveranstaltungen, Veranstaltungen des Bundesvorsitzenden sowie der Planung und Steuerung der Wahlkampfeinsätze der Spitzenpolitiker der Partei in enger Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen und den Gliederungen vor Ort.

In den Landtagswahlkämpfen in Hessen (2008 und 2009), Niedersachsen und Bayern betreute die Abteilung durch den Zentralen Rednereinsatz über 100 Veranstaltungen durch die Vermittlung von Rednern, Veranstaltungsberatung sowie Veranstaltungsankündigung.

Die Druckerei der Bundesgeschäftsstelle hat sich zu einem zuverlässigen Dienstleister insbesondere für Kleinaufträge für das liberale Vorfeld entwickelt.



Politischer Aschermittwoch 2009 in Passau:
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Martin Zeil und Max Stadler



Die Abteilung war organisatorisch verantwortlich bzw. unterstützend tätig für:

- den 58. Ord. Bundesparteitag in Stuttgart,
- den 59. Ord. Bundesparteitag in München,
- die Politischen Aschermittwochsveranstaltungen in Passau (2008 und 2009),
- die traditionellen Neumitgliedertreffen am 1. Mai in Berlin 2008 und 2009,
- die Festveranstaltung zum Gedenken an den 18. März 1848,
- die Veranstaltung zum 60. Jahrestag der FDP in Heppenheim 2008,
- den Journalistenadvent 2007 und 2008, der ebenfalls ganz im Zeichen der Gründung der FDP vor 60 Jahren stand,
- die bundesweite Kreisvorsitzenden- und Strategiekonferenz der FDP in Hannover am 10. November 2007,
- der VLK-Delegiertenversammlung 2007 und 2008,
- die Verleihung des Bürgerinnenpreises der FDP „liberta“ im Oktober 2007 und November 2008,
- den Empfang anlässlich des 50. Geburtstages der stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Landesvorsitzenden der FDP Sachsen-Anhalt und stellvertretenden Vorsitzenden der FDP-Bundestagfraktion Cornelia Pieper MdB im Februar 2009,
- die bundesweite Strategiekonferenz in Erfurt im März 2008

sowie die regelmäßigen Sitzungen des Bundesvorstands, des Präsidiums und der Hauptgeschäftsführer bzw. des Beirats des Liberalen Parteiservices.

► IV.4. Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Leitung: **Robert von Rimscha**

Als Brücke zwischen der FDP und den Medien versteht sich die Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Zum Instrumentarium gehören Pressemitteilungen und Terminankündigungen, die Organisation von Auftritten vor allem des Bundesvorsitzenden und des Generalsekretärs im Fernsehen und im Radio, das Planen und Umsetzen von Print-Interviews, Statements, Hintergrundgesprächen, Redaktionsbesuchen, Namensartikeln und Pressekonferenzen nach den Gremiensitzungen. Weiter verstärkt wurden die enge Koordination mit der Arbeit der Fraktions-Pressestelle und die Ansprache internationaler Medien.



Plakatpräsentation vor dem Thomas-Dehler-Haus



Zuspruch für die Sonder-„elde“ auf dem Bundesparteitag

Neben der externen Kommunikation steht die interne. Dialogorientierte und interaktive Maßnahmen wie CRM (Customer Relationship Management) werden dabei immer wichtiger. Ein Instrument der klassischen internen Kommunikation ist die Mitgliederzeitschrift „elde“. Voraussetzung für jede koordinierte Aktion ist die interne Abstimmung. Hierzu dient der „Kieler Kreis“ aller FDP-Sprecher, der sich Mitte Februar 2009 bei einem Arbeitstreffen in Düsseldorf auf die Wahlkämpfe des laufenden Jahres vorbereitete. Der Kontaktpflege dient der inzwischen schon traditionelle „Journalisten-Advent“, der stets unter einem freiheitlichen Motto steht und vor Weihnachten Medienvertreter ins Thomas-Dehler-Haus bringt.

Im Europa- und Bundestagswahlkampf 2009 geht es aus Sicht der Medienarbeit vor allem darum, einer Einengung der politischen Wahrnehmung auf die Scheinalternative Union einerseits und SPD andererseits entgegenzuwirken. Ein penibles Medien-Controlling gehört zum Instrumentarium, das sicherstellt, dass liberale Positionen tatsächlich massenmedial sichtbar werden.

Personell konnte sich die Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit im Berichtszeitraum 2007 bis 2009 verstärken. Als Nachfolgerin von Kathrin Klawitter,

die seit 2008 die Pressearbeit des Landesverbands Nordrhein-Westfalen koordiniert, arbeitet seit Januar 2009 Adib Sisani mit im Team.

► IV.5. FDP-point

Leitung: **Gabriele Renatus**

Das Telefon steht selten still, hunderte von Anfragen gehen per Mail täglich auf den Computern im FDP-point ein. Die Mitarbeiter in der Technik drucken ständig Informationsmaterial nach, 2 mal monatlich müssen wegen der großen Nachfrage Werbematerialien aus dem Angebot des liberal Verlags nachbestellt werden – die Tätigkeit im FDP-point ist interessant, abwechslungsreich, aber auch anstrengend.

Zwei Studentinnen und drei Studenten sind derzeit im point tätig und stehen allen Mitgliedern der Partei, aber auch allen an der Arbeit der FDP interessierten Bürgerinnen und Bürgern von morgens 8 Uhr bis abends 20 Uhr für Anfragen zur Arbeit der Partei zur Verfügung. Stets wird aktuelles Informationsmaterial, auch für diejenigen, die schnell einmal persönlich vorbei schauen, bereit gehalten. Nach wie vor ist der FDP-point in dieser Art einmalig für eine Bundesgeschäftsstelle einer Partei.

Täglich werden für Neumitglieder in der Partei Willkommenspakete zusammengestellt und verschickt. Vielfältige Autogrammwünsche zu FDP-Spitzenpolitikern, Anfragen nach interessanten Daten der Partei, nach Beschlüssen zu bestimmten Themen werden ebenso freundlich und kompetent bearbeitet wie der Wunsch nach möglichst schneller Zuarbeit für einen Vortrag oder eine Hausaufgabe.

Nicht zu vergessen die Unterstützung bei Kampagnen. Gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Abteilung Strategie und Kampagnen organisieren Anna, Anne, Christian, Michael und Richard Verteilaktionen und Infostände vor dem Thomas-Dehler-Haus.

Ebenso aktiv unterstützen die point-Mitarbeiter die Abteilung Organisation bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen im Thomas-Dehler-Haus, wie z.B. die nun schon traditionellen Neumitgliedertreffen am 1. Mai oder den jährlichen Journalistenadvent.

► IV.6. Galerie im Thomas-Dehler-Haus

Leitung: **Gabriele Renatus**

Vier herausragende Künstler hat die kleine Galerie im Thomas-Dehler-Haus unter dem Motto „Politik trifft Kunst“ in den zurückliegenden zwei Jahren präsentiert.

Im Juli und August 2007 zeigte Michael Fischer-Art aus Leipzig einen kleinen Teil seiner Werke im Thomas-Dehler-Haus. Der Besucherandrang war enorm, schließlich spaltet Fischer-Art die Meinungen vieler Experten und einiger Laien. Die einen nennen ihn den „Hundertwasser des Ostens“, die anderen bezeichnen seine grelle Sicht auf die Welt als Un-Art. Fischer-Arts Querdenkerei passte hervorragend zum Titel der Ausstellung „Online-Durchsuchung“, die die damals gerade aktuelle Diskussion um den „Bundestrojaner“ aufgegriffen hatte.

Steff Bauer, eine in der Galerie des Thomas-Dehler-Hauses bereits bekannte Künstlerin, präsentierte neue Skulpturen und Malerei unter dem Titel „Unter der Oberfläche“ von September bis Ende Oktober. Viele Gäste, die zur Verleihung des Bürgerinnenpreises am 24. Oktober 2007 nach Berlin



Steff Bauer während der Finissage im TDH

gekommen waren, nutzten die Finissage der Ausstellung, um die Schöpferin der „Liberta“ persönlich kennen zu lernen.

Dass die Moore in Mitteldeutschland auch Holz hergeben, das kunstvoll bearbeitet werden kann, erfuhren die Besucher der Ausstellung „Modra-Skulpturen“ des Dresdner Künstlers Siegfried Modra, die von März bis Mai 2008 gezeigt wurde. Den Begriff Mooreichen mögen viele bereits vorher einmal gehört oder gelesen haben. Gesehen haben Sie dieses Holz, das drei- bis achttausend Jahre alt ist, zum ersten Mal im Thomas-Dehler-Haus.

Mit einer großartigen Ausstellung des Berliner Künstlers Helmut Diehl endete des Galeriejahr 2008. Wurde in der Ausstellung von Michael Fischer-Art die Verknüpfung von Kunst und Literatur hergestellt, war es diesmal die Verknüpfung von Malerei und Musik, die für eine Überraschung bei der Vernissage sorgte. Doch zunächst erläuterten nicht nur Generalsekretär Dirk Niebel und Laudator Michael Berndt, Führungskraftetrainer und Freund des Künstlers, dass der Freiheitsgedanke in den Bildern Diehls, der 1980 aus der ehemaligen DDR ausgewiesen wurde, hervorragend ins Thomas-Dehler-Haus passt. Über 100 Besucher der Vernissage waren dann ebenso wie der Künstler überrascht und begeistert, dass dessen Schwiegersohn Bernd Römer, Gitarrist bei Karat, zuerst mit der Ostrock-Legende Gotte Gottschalk, anschließend mit seiner Tochter Jule und Enkelin des Künstlers auftrat.



Guido Westerwelle und Michael Fischer-Art

V. Statistik

► V.1. Mitgliederentwicklung im Berichtszeitraum

Landesverband	31.03.2009	Männer	Frauen	Frauen in %	31.12.2008	31.12.2007
Baden-Württemberg	7.581	5.933	1.648	21,74	7.384	7.298
Bayern	6.131	4.700	1.431	23,34	5.752	5.093
Berlin	3.264	2.474	790	24,20	3.208	3.064
Brandenburg	1.523	1.199	324	21,27	1.511	1.505
Bremen	417	334	83	19,90	413	421
Hamburg	1.310	1.062	248	18,93	1.268	1.223
Hessen	6.796	5.265	1.531	22,53	6.616	6.478
Mecklenburg-Vorpommern	1.044	837	207	19,83	1.006	1.037
Niedersachsen	6.681	5.152	1.529	22,89	6.652	6.610
Nordrhein-Westfalen	16.556	12.670	3.886	23,47	16.202	15.764
Rheinland-Pfalz	5.116	4.005	1.111	21,72	5.010	5.024
Saarland	1.675	1.204	471	28,12	1.590	1.463
Sachsen	2.538	2.028	510	20,09	2.481	2.458
Sachsen-Anhalt	1.941	1.489	452	23,29	1.920	2.019
Schleswig-Holstein	2.551	1.913	638	25,01	2.509	2.406
Thüringen	1.668	1.293	375	22,48	1.670	1.817
Inland	66.792	51.558	15.234	22,81	65.192	63.680
Ausland/bundesunmittelbar	416	341	75	18,03	408	398
Gesamt	67.208	51.899	15.309	22,78	65.600	64.078

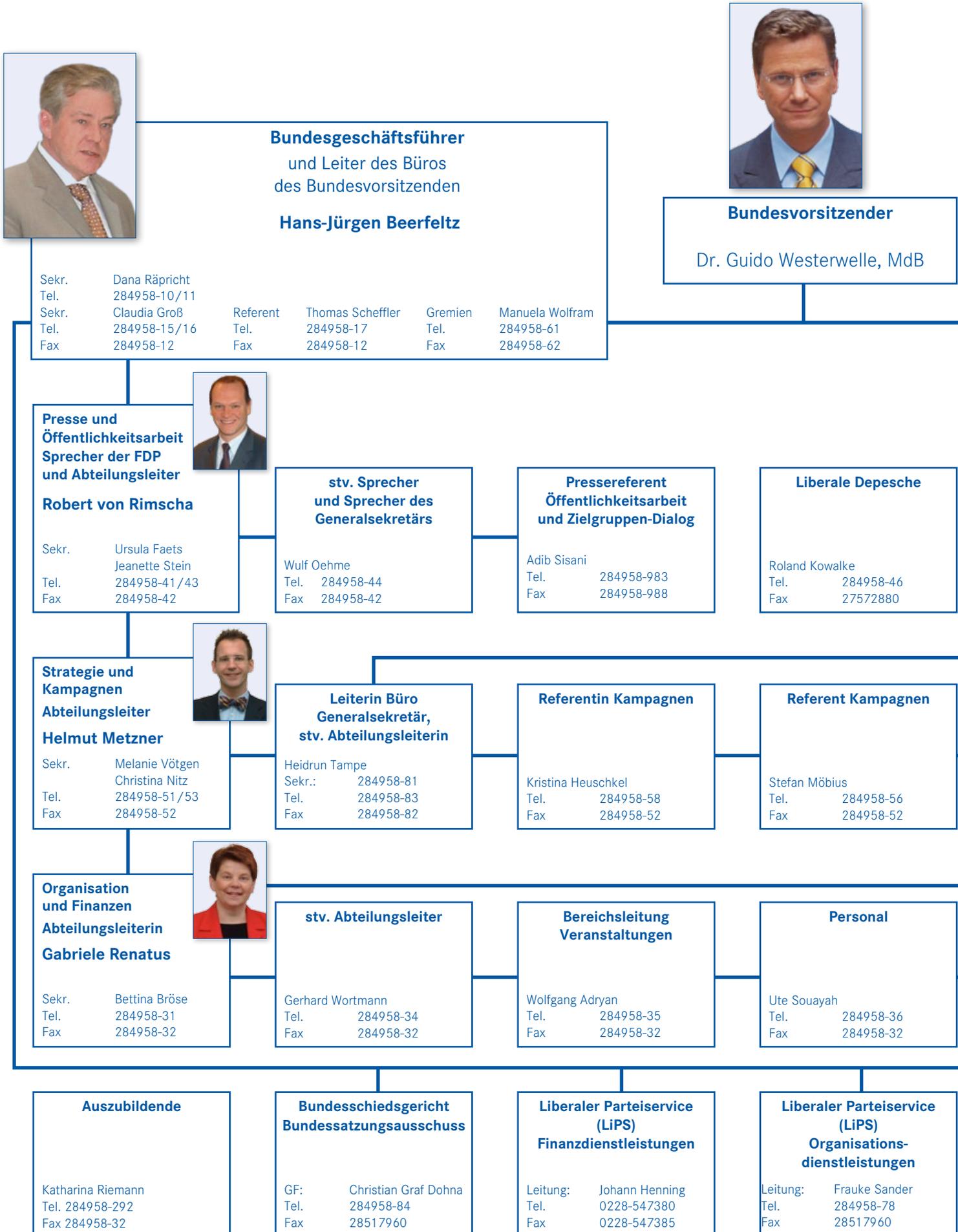
► V.2. Wahlergebnisse im Berichtszeitraum (2007 - 2009)

Wahl	Datum	%
LTW Hessen	27.01.2008	9,4 %
LTW Niedersachsen	27.01.2008	8,2 %
BW Hamburg	24.02.2008	4,8 %
BV Hamburg	24.02.2008	5,6 %
KW Bayern	02.03.2008	3,8 %
KW Schleswig-Holstein	25.05.2008	9,0 %
KW Sachsen (Teilwahl)	08.06.2008	8,3 %
LTW Bayern	28.09.2008	8,0 %
KW Brandenburg	28.09.2008	7,3 %
LTW Hessen	18.01.2009	16,2 %

► V.3. Mandatsträger der FDP

Landesverband	Europa		Bundestag				Landtag							
	Wahl 2004 6,1 % MdEP	davon weibl.	Wahl 2005 9,8 % MdB	davon weibl.	in %	Landes- ergebnis BTW 05 in %	Ergebnis in %	Man- date	davon weibl.	in %	Minister, StS in der Landes- regierung	davon weibl.	in %	letzter LT-Wahltag
Baden-Württemberg	1	1	9	2	22,2	11,9	10,7	15	4	26,7	3	0	0,0	26.03.2006
Bayern			9	3	33,3	9,5	8,0	16	5	31,3	3	1	33,3	28.09.2008
Berlin			2	0	0,0	8,2	7,6	13	1	7,7	FDP in Opposition			17.09.2006
Brandenburg			1	0	0,0	6,9	3,3	nicht im Landtag - nächste Wahl: 27.09.2009			FDP in Opposition			19.09.2004
Bremen			0	0	0,0	8,1	6,0	5	0	0,0	FDP in Opposition			13.05.2007
Hamburg			1	0	0,0	9,0	4,8	nicht in der Bürgerschaft - nächste Wahl: 2012			FDP in Opposition			24.02.2008
Hessen	1	0	5	1	20,0	11,7	16,2	20	1	5,0	7	2	28,6	18.01.2009
Mecklenburg-Vorpommern			1	0	0,0	6,3	9,6	7	1	14,3	FDP in Opposition			17.09.2006
Niedersachsen	1	0	6	3	50,0	8,9	8,2	13	2	15,4	4	0	0,0	27.01.2008
Nordrhein-Westfalen	2	0	13	3	23,1	10,0	6,2	12	2	16,7	5	0	0,0	22.05.2005
Rheinland-Pfalz			4	1	25,0	11,7	8,0	10	3	30,0	FDP in Opposition			26.03.2006
Saarland	1	0	1	0	0,0	7,4	5,2	3	0	0,0	FDP in Opposition			05.09.2004
Sachsen	1	0	4	0	0,0	10,2	5,9	7	1	14,3	FDP in Opposition			19.09.2004
Sachsen-Anhalt			2	1	50,0	8,1	6,7	7	1	14,3	FDP in Opposition			26.03.2006
Schleswig-Holstein			2	1	50,0	10,1	6,6	4	0	0,0	FDP in Opposition			20.02.2005
Thüringen			1	0	0,0	7,9	3,6	nicht im Landtag - nächste Wahl: 30.08.2009			FDP in Opposition			13.06.2004
Summen	7	1 (=14,3%)	61	15	24,6	9,8		132	21	15,9	22	3	13,6	

► V.4. Organisationsplan der FDP-Bundesgeschäftsstelle





Generalsekretär

Dirk Niebel, MdB



Bundesschatzmeister

Dr. Hermann Otto Solms, MdB

**Organisationsplan
FDP-Bundesgeschäftsstelle
- Thomas-Dehler-Haus -
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin**

Tel. 030/284958-0
Fax 030/284958-22
www.fdp.de
email: tdh@fdp.de

Referent Kampagnen

Andreas Pauker
Tel. 284958-55
Fax 284958-52

Sachbearbeitung

Sabine Beyer
Tel. 284958-57
Fax 284958-52

Wahlkampf-Assistent

Thomas Diener
Tel. 284958-986
Fax 284958-988

**Verwaltung und
Rechnungsprüfung**

Bettina Bröse
Tel. 284958-31
Fax 284958-32

Technik

Andreas Kippel,
David Feyer,
Jens Knoblauch
Tel. 284958-70
Fax 284958-72

Info-Point

Tel. 284958-20, -188
Fax 284958-22

**Büro
Bundesschatzmeister**

Sekr. Sabine Feiertag
Tel. 284958-90/91
Fax 284958-92

Referent Wahlkampf

Sandro Schilder
Tel. 284958-985
Fax 284958-988

**Beauftragter für die
Wahlkampf-Koordination**

Christian Renatus
Tel. 284958-775
Fax 27572880

**Bevollmächtigter des
Bundesschatzmeisters**

Walter Eschweiler
Tel. 0228-5368711
Fax 0228-5368717

Bürgerfonds

GF: David Kugler
Büroleitung: Jana Kammer
Tel. 284958-279
Fax 284958-94
Assistenz: Claudia Groß
Tel. 284958-97
Fax 284958-94

Impressum

Verantwortlich:
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas Scheffler
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Fon 030 / 28 49 58 17
Fax 030 / 28 49 58 12

Internet: <http://www.fdp.de>
E-Mail: tdh@fdp.de

Satz und Gesamtherstellung:
altmann-druck GmbH, Mahlsdorfer Str. 13-14, 12555 Berlin

Abbildungen:
Mit freundlicher Genehmigung von Picture-Alliance, Frank Ossenbrink, Roland Kowalke u.a.